Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121. Montag, den 27. Mai 1918. 25. Jahrg.

Das Wohnungsproblem.

Von Paul Göhre, M. d. R.

Deutschland hat während des Krieges teilweise von den Vorräten gelebt, die es vor dem Kriege bei sich aufgestapelt hatte. Das gilt auch von den Wohnungen. Nunmehr ist deren Bestand so gut wie aufgezehrt. Es gibt, außer in mehr oder weniger abgelegenen Landstrichen, keine leerstehenden Wohnungen, namentlich keine Kleinwohnungen mehr. Fast alle sind besetzt, viel von ihnen stark verwohnt. Jede Wohnungsreserve fehlt. Für den Augenblick des Friedensschlusses werden nach der vorsichtigen Schätzung kenntnisreicher Fachleute 7—800 000 Wohnungen für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger nötig, die heute fehlen.

Aber damit erschöpft sich das Wohnungsproblem, vor dem wir stehen, nicht. Obwohl wir die Not sehen, die uns droht, sind wir zurzeit außerstande, ihr abzuhelfen. Es fehlt uns jede Kenntnis, wo sie, in welchen Teilen Deutschlands, sie bei Friedensschluß auftreten wird. Das hängt ganz von der Entwicklung ab, die hauptsächlich die Industrie bei uns nehmen wird. Wie aber diese Entwicklung sich vollziehen, insbesondere wo sie vonstatten gehen wird, weiß heute noch niemand. Er fehlt ferner an Arbeitskräften und Baumaterial, um heute die mangelnden Wohnungen in einigermaßen beträchtlicher Zahl herzustellen. Es gibt keine Ziegel und keinen Zement, es gibt keine Kohle, um diese Produkte herzustellen, keine Transportmittel, um Steine, Zement und Kohle für die Bauindustrie über das Land zu Bauzwecken zu verteilen. Die erdrückende Mehrzahl der Bauarbeiter steht im Felde. Das Installationsmaterial für Beheizung, Beleuchtung, Kanalisation und Wasseranlage ist von der Heeresverwaltung mit Beschlag belegt. Schließlich kommt noch der Mangel jeder Organisation auf diesem Gebiete dazu. Selbst wenn für die Erbauung der Wohnungen alles da wäre und man schon genau wüßte, wo gebaut werden müßte, so fehlt heute die Leitung, die ähnlich wie auf dem Ernährungs- und Kriegsrohstoffgebiet, die Baupolitik nach einheitlichem Plane durchführen könnte. Auch die muß erst geschaffen werden. Bisher lagen in dieser Beziehung die Dinge so, daß das Reich sich bis vor kurzem als für Wohnungspolitik unzuständig erklärte. Sie sei nach der Verfassung nicht Sache des Reichs, sondern der einzelnen Bundesstaaten. Die Einzelstaaten aber wälzten die Verantwortung wieder auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden jedoch sind heute so belastet, daß sie allein die ungeheuer große Aufgabe nicht lösen können. So liegen zurzeit fast unüberwindliche Hindernisse vor, die es möglich machen, das Wohnungsproblem schon jetzt so anzupassen, daß es einer nahen Lösung zugeführt werden kann.

Andererseits ist das Wohnungsproblem aber jetzt, also noch vor Kriegsschluß, dabei, sich bereits in fühlbare Wohnungsnot umzuwandeln. Alle Zeitungen sind augenblicklich von dieser Tatsache voll. Ungezählte fühlen sie bereits am eigenen Leibe, noch bevor die Millionen, die draußen kämpfen, demobilisiert sind. Immer zahlreicher werden die Fälle, in denen Kriegerfrauen mit ihren Kindern obdachlos auf der Straße liegen, während ihre Männer für den Schutz des heimatlichen Bodens ihr Leben einsetzen.

Auf der einen Seite also Verhältnisse, die augenblicklich jeden großzügigen Wohnungsbau vereiteln, auf der andern Seite Zustände, die nach Erbauung neuer Wohnungen geradezu schreien. Das ist der ungeheure schwierige Tatbestand, vor dem wir auf diesem Gebiete stehen.

Was ist nun in diesem Dilemma zu tun? Auf diese Frage hat die Wohnungskommission des Reichstages in dieser Winter- und Frühjahrstagung mit heißem Bemühen Antwort zu finden gesucht. Sie hat ernstlich alle Vorschläge geprüft und durchberaten, die zur Beseitigung der schwierigen Situation im Lande aufgetaucht sind. Schließlich legten die vier sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission einen Antrag vor, in dem in kurzen scharfen Umrissen ein Aktionsprogramm gegen die Not entwickelt war. Es ist seinerzeit in der Parteipresse veröffentlicht worden. Die Genossen hatten die Genugtuung, daß ihr Antrag von allen anderen Fraktionsvertretungen in der Kommission als eine geeignete Grundlage zu weiterem Vorgehen angenommen wurde. Er ist dann, abermals in gründlicher Beratung dort gemeinsam durchberaten und in einigen nicht allzuwesentlichen Punkten erweitert worden. In dieser Fassung ist er alsdann kurz vor Pfingsten in der Vollversammlung des Reichstages erörtert und daselbst von allen Parteien einstimmig angenommen worden. Das ist ein großer Erfolg der Wohnungspolitik unserer Partei.

Der beschlossene Antrag geht von der Voraussetzung aus, daß schon jetzt mit allen Mitteln mit den Vorbereitungen zur Bekämpfung der schon vorhandenen und noch immer mehr drohenden Not begonnen werden muß; daß von nun an in jedem Augenblick das getan werden muß, was schon getan werden kann; und daß sich so Aktion an Aktion und zwar nach einem einheitlichen, alle Kräfte umspannenden Plane zu reihen habe.

Das Erste, was notwendig und was zugleich heute schon durchführbar ist, ist die Schaffung einer Organisation über das ganze Reich hin. Diese Forderung stellt der Reichstagsbeschluß deshalb an die Spitze seiner Vorschläge. Sie geht dahin, daß dem bisherigen Zustande ein Ende gemacht wird, wonach, wie schon angedeutet, das Reich seine Arbeit auf die Bundesstaaten, diese sie auf die Gemeinden abladen. Reich, Staat und Gemeinden sollen gemeinsam an die große Arbeit gehen. Dabei soll, wie selbstverständlich, das Reich die Führung haben. Im Reich ist aber das neue Reichswirtschaftsamt die allein dafür gegebene Stelle. Es ist als Zentralstelle für Uebergangswirtschaft bestimmt: die Wohnungfrage aber ist durchaus eine Angelegenheit dieser Uebergangswirtschaft. Außerdem gehört das ganze Gebiet der Bevölkerungspolitik zum Arbeitsgebiet dieses neuen Amtes: die Wohnungsangelegenheiten aber sind von schwerwiegendster Bedeutung für sie. Trotzdem sollen aber den einzelnen Bundesstaaten ihre selbständigen Rechte in Wohnungssachen nicht genommen werden. Das Reichswirtschaftsamt soll einfach als ihrer aller Beauftragter, als Zentralorgan fungieren. Die Gemeinden und Gemeindevorstände aber sollen die ausführenden Arbeitsorgane sein.

Bis Kriegsende handelt es sich sodann um die Lösung zweier hauptsächlicher, großer Aufgaben. Die Schaffung von fehlenden Dauerkleinwohnungen, und, da diese vor Ablauf des ersten Jahrfünfts aller Berechnungen nach nicht möglich ist, um die Herstellung menschenwürdiger Aushilfswohnungen für die ersten vier bis fünf Jahre.

Was die letzteren betrifft, so verlangt der Reichstagsbeschluß in erster Linie Errichtung von Familienwohnbaracken. Er verwirft deshalb Aushilfsmittel wie Umbau von Dachböden, Kellern, Läden und Lagerräumen in Einfamilienwohnungen. Die Wohnbaracken sollen aus lauter kleinen Einfamilienhäusern bestehen, die mindestens Licht und zwei Räume; für kinderreiche Familien noch mindestens einen Raum mehr haben. Jede Gleichförmigkeit soll vermieden werden. Solche Siedelungen sollen am Außenrand unserer Industriestädte errichtet und mit Laubenkolonien verbunden werden, damit die Menschen für die paar Jahre sich wenigstens einigermaßen wohl fühlen. Die Vorbereitungen für die Errichtung solcher Siedelungen sollen schon jetzt getroffen werden, damit sie bei Friedensanfang in wenigen Wochen ausgeführt werden können.

Sind die Interimssiedelungen hergestellt, kann und muß sofort an die planmäßige Schaffung der Dauerkleinwohnungen gegangen werden. Dabei soll nicht nach einer Schablone gearbeitet werden. Je nach den verschiedenen Bedürfnissen sollen Miets- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzel-, Reihen- und Siedelungsbauten errichtet werden. Nur die vier- und mehrstöckige Mietskaserne soll vermieden nur Mietshäuser mit höchstens acht Wohnungen sollen zugelassen werden. Siedlungsgesellschaften sollen gegründet, die Baugenossenschaften entwickelt, der Eigenbau von den Gemeinden in großem Stile in die Hand genommen werden. Aber auch die Privatunternehmer sollen herangezogen werden. Denn die fehlenden Wohnungen müssen so schnell wie möglich geschaffen werden.

Die Kosten für eine solche Wohnungspolitik sind natürlich nicht gering. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß das private Kapital die erste Zeit nach dem Kriege überhaupt nicht bauen wird, solange nicht die hohen Preise auf ein vernünftiges Maß wieder herabgegangen sind. Deshalb muß Reich und Einzelstaat hier einspringen. Nach dem Reichstagsbeschluß soll das Reich ½ Milliarde Mark zur Verfügung stellen; von den Einzelstaaten wird die gleiche Summe erwartet. Diese Summe ist gewiß hoch, eine Milliarde insgesamt ist kein Pappenstiel. Aber man hat für den Wiederaufbau der Handelsflotte eine noch größere Summe bewilligt, so ist eine Milliarde Mark für den Wohnungsbau nicht minder nötig.

Die Erklärungen, die die Reichsregierung auf das Vorgehen des Reichstages bisher abgegeben hat, sind überaus erfreulich. Sie ist bereit, eine Organisation zur Bekämpfung der Wohnungsnot unverzüglich zu schaffen und Geld zur Verfügung zu stellen. Sache der Wohnungskommission wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß diese Versprechungen unverzüglich auch erfüllt werden.

Aber damit ist's noch lange nicht getan. Nun muß das einmütige Vorgehen des Reichstages draußen im Lande das lebhafteste Echo finden. Die einzelnen Bundesstaaten müssen durch ihre Parlamente zu einer ähnlich entgegenkommenden Haltung wie die Reichsregierung gebracht werden, und in den Gemeinden muß von nun an alles vorbereitet werden, um sofort an die Arbeit gehen zu können, sowie sich die Möglichkeit dazu zeigt. Dabei muß vor allem der möglicherweise drohende Widerstand von Hausbesitzerkreisen unter allen Umständen gebrochen werden. Unsere Genossen im Lande stehen also vor einer neuen, großen Aufgabe. Sie müssen alle Kraft einsetzen, sie zu einer raschen Erledigung zu bringen.

Eine neue Rede Lloyd Georges.

Die Stadt Edinburg hat dem englischen Premierminister das Ehrenbürgerrecht verliehen. Bei der Feierlichkeit der Ueberreichung hielt der also Geehrte eine Rede, die sich über die Kriegslage ausließ und wieder auf die zweifache Wirkung hinarbeitete, zugleich zu beruhigen und doch in Unruhe zu belassen. Nach einer Reutermeldung führte Lloyd George u. a. aus:

„Seit 18 Monaten stehe ich an der Spitze der Regierung des Landes während der unruhigsten Zeit der englischen Geschichte. Seither hatte die Regierung und die Verteidigung hauptsächlich mit zwei widrigen Umständen zu kämpfen. Der Zusammenbruch Rußlands war für den Feind in einer Zeit, wo das Menschenmaterial aller Kriegführenden nahezu erschöpft war, eine außerordentliche Hilfe. Auf amerikanische Hilfe kann zunächst nicht gerechnet werden. Es nimmt Zeit in Anspruch, Heere auszuheben und auszubilden. Trotz aller seiner Bemühungen gewährt **Amerika augenblicklich nur ein Fünftel der Unterstützung, die der Feind infolge des Zusammenbruches Rußlands an Streitkräften hinzugewonnen hat.** Die andere widrige Entwickelung ist der unbeschränkte U-Bootskrieg. Nicht einmal von Deutschland konnte man dieses Vorgehen, das völlig ohne Beispiel ist, erwarten. In der ganzen Geschichte der Piraterie hat es kein Beispiel eines solchen Verhaltens gegeben. (Beifall.) Zuerst hatte der Unterseebootskrieg Erfolg und wurde eine große Gefahr. Wenn er geglückt wäre, wäre England von Lebensmitteln und Heizmaterial abgeschnitten und der Transport von Mannschaften und Munition nach den verschiedenen Kriegsschauplätzen für England und die Alliierten unmöglich gewesen. Die englische Handelsflotte ist die Luftröhre der Armeen der Alliierten. (Beifall.) Wenn sie durchschnitten würde, würden die Truppen der Alliierten nicht mehr atmen können. Diesen Problemen gegenüber befand sich die Regierung. Zunächst mußte der Anbau einer Handelsflotte reorganisiert werden. Schotje löste diese Aufgabe glänzend. Dann war die Einschränkung des englischen Eisenbedarfs und die Verminderung von Englands Einfuhr um Millionen Tonnen, sowie die Vermehrung der heimischen Erz-, Holz- und Lebensmittelerzeugung ein notwendiges Erforderniß. Ich danke bei dieser Gelegenheit dem Patriotismus der Bauern und Grundbesitzer. **Seit 1916 wurde der bestellte Boden des vereinigten Königreiches um vier Millionen Acres vermehrt. Die Schiffsbauproduktion wurde 1916 verdoppelt. Die Regierung hofft, sie in diesem Jahre zu verdreifachen, wenn nicht zu vervierfachen.** Die englischen Seeleute ließen nicht nach, bis sie schließlich der U-Boot-Pest Herr wurden. Sie griffen die **Nester der U-Boote an und verschlossen den Zugang zu zweien von ihnen, Ostende und Zeebrügge.** (Beif.) Der Premierminister verlas einen eingegangenen Bericht der Admiralität, daß die Bekämpfung der feindlichen Unterseeboote einen befriedigenden Verlauf nähme. Seit Jahresbeginn sei der Admiralstab überzeugt, daß die **Flotten der Verbündeten mehr feindliche U-Boote versenkten, als der Feind bauen könne.** Wir erreichten also den Punkt, daß wir ihre U-Boote schneller versenken, als die Deutschen sie bauen können, daß die Verbündeten zusammen Handelsschiffe im ganzen schneller bauen, als die Deutschen sie versenken können. Nach allem derzeit verfügbaren Material vertritt die Admiralität die Auffassung, daß im **April die Zerstörung feindlicher U-Boote die Rekordziffer erreichte.** Was die Vermehrung des Schiffsbaues betrifft, so war der April der Rekordmonat seit Beginn des verschärften U-Boot-Krieges. **Zum ersten Male überstiegen die Neubauten die Verluste.** Das war kein schlechter Erfolg für die Regierung, deren Fehler so lebhaft kritisiert wurden. **Das U-Boot bedeutet noch immer eine Bedrohung, aber nicht mehr eine Gefahr.** Es kann uns noch immer furchtbare Verluste bereiten, aber als Gefahr, die über den Gewinn oder Verlust des Krieges entscheidet, können wir das U-Boot ausschalten. Die Deutschen erkannten selbst, daß sie mit dem U-Boot nichts erreichen. Das ist die Ursache der **gegenwärtigen Offensive im Westen.** Der Feind ist zu dieser Offensive genötigt worden als zu dem letzten Mittel, den Sieg zu erreichen. **Wir stehen unmittelbar vor einem großen Angriff,** aber ich kann Ihnen mitteilen, daß die besten Kenner der Lage das größte Vertrauen zu dem Ausgang haben. Unter dem Gesichtspunkte, wie man von den Gesamtkräften des Bundes den besten Gebrauch machen könnte, habe ich heute mehr Vertrauen, als seit Beginn des Krieges. Jetzt, wo wir uns dem Stadium der größten Schlacht der Weltgeschichte nähern, die bedeutendere Folgen für das Menschengeschlecht haben wird, als irgend eine andere Schlacht, freue ich mich bei dem Gedanken, daß wir an der Spitze der Freiheitsarmee einen Mann mit Fochs überlegenem Genie haben. **Für die Deutschen wie für uns gibt es in den nächsten Wochen ein Wettrennen zwischen Hindenburg und dem Präsidenten Wilson.** Die Deutschen spannen alle Nerven an, um das Ziel zuerst zu erreichen. Die amerikanische Hilfe ist für die Verbündeten wirksam. Jetzt ist es nicht Zeit, um einen politischen Feldzug zu inszenieren und Männer, von denen das Schicksal der Nationen abhängt, anzugreifen. Mindestens, bis die große Offensive vorüber ist, sollten diese Manöver ruhen und der **Burgfriede herrschen.** Alles muß geschehen, um den Geist und die moralische Entschlossenheit und Einheit der Nation zu festigen, solange dieser Kampf dauert. Indem wir uns **vielleicht der entscheidenden Schlacht nähern,** ermutigt und spornt es uns an, zu wissen, daß wir es mit tapferem Herzen und gutem Gewissen tun. Hätte ich geglaubt, daß wir mit sichern ehrenhaften Mitteln diesen Krieg von Anfang an hätten vermeiden oder früher beenden können, so würde mich jetzt die Sorge des Schuldgefühls niederdrücken. Ich kann ehrlich sagen, daß **die Regierung nichts vernachlässigt hat, um zu sehen, ob man ehrenvoll aus dem Kriege der Schrecken und Tragödien herauskommen könnte.** Rußland gibt uns eine Lehre des Krieges, daß man sich nicht zu sehr auf Formeln verlassen darf. Trotz ihres Stolzes waren die Russen froh, von den Verhandlungen in Brest-Litowsk heimzukehren, obwohl sie ihrer schönsten Provinzen beraubt waren. Wir dürfen uns nicht täuschen. Wir haben es mit dem **unbarmherzigen preußischen Despotismus** zu tun, der **auf Raub und Plünderung aus ist.** Verträge binden ihn heute so wenig wie in den Tagen von Belgien. Sie wollen den Krieg nicht beenden bis ihr Korb so voll ist als sie ihn tragen können. Das war das Schicksal Rußlands. Wie kann man nur glauben, Freiheit und Sicherheit für die Welt zu gewinnen, ohne die preußische Kriegsmacht zu brechen. Man erinnere sich daran, wie es der russischen Demokratie ergangen ist.

In seiner Rede sagte Lloyd George ferner: Es besteht **kein Zweifel, daß sich einige Iren mit den deutschen Militärbehörden verschworen** haben. Ueber die Pflichten der Regierung von Irland kann kein verständiger Mensch Zweifel hegen. Man traf Vorbereitungen für eine große Erhebung in Irland. Die Verschwörer wollten den Augenblick benutzen, der für die Verbündeten kritisch zu sein schien. Hätte die Regierung nicht gehandelt, so hätte sie verdient, in den Anklagezustand versetzt zu werden. Die

Führer der Nationalisten haben mit der Verschwörung nichts zu tun gehabt.

In jedem Kriege gibt es zwei typische Vertreter extremer Richtungen. Der **Friedensextremist** ist kein wahrer Friedensfreund, sondern ein Feind und Hindernis des Friedens und er ermutigt den Gegner. Die **Kriegsextremisten** betrachten jeden Gedanken an einen Frieden als Landesverrat. Der gesunde und sichere Weg, den die Regi. ng betreten muß, liegt **zwischen beiden Extremen.** Im vorigen Jahre gab es hier und in den Ländern der Verbündeten eine sehr beträchtliche Zahl von Leuten, die zu dem Schluß gekommen waren, daß es möglich ist, einen ehrenvollen Frieden ohne Sieg zu erreichen. Ich glaube, daß heute wenige Leute so denken. Es war das Schicksal Rußlands, das alle vernünftigen Leute zu dieser Erkenntnis brachte. Manche Leute legten den Reden der Staatsmänner der Mittelmächte zu viel Gewicht bei; allem Anscheine nach waren es vernünftige Reden. Viele hier und in anderen Ländern sagten: Weshalb antwortet ihr darauf nicht? Wir haben geantwortet, und sobald wir geantwortet hatten, kam die Erwiderung von den deutschen Kanonen. Warum? Nicht, weil die **deutschen und österreichischen Staatsmänner** uns absichtlich irregeführt hätten. Das werfen wir ihnen nicht vor, sondern **sie wurden von den militärischen Führern benutzt, wenn es ihnen paßte. Sie waren bloß Marionetten.** Sobald es den militärischen Führern paßte, durften sie ihren Friedensgasballon loslassen, wenn es günstigen Wind in der Richtung nach den Verbündeten gab, um die Atmosphäre zu vergiften. Brest-Litowsk enthüllte in der vollständigsten Weise, welche Funktionen die Militärkaste den Staatsmännern der Mittelmächte zuwies."

Im großen und ganzen bietet diese Rede nichts Neues. Man gewinnt aus derselben den Eindruck, daß Lloyd George selbst seinen Sessel bereits bedenklich wackeln fühlt. Deshalb proklamiert er den Burgfrieden. Und das in einem Augenblicke, wo in Irland mehrere Hundert Menschen, weil sie nicht nach der Pfeife der englischen Regierung tanzen wollen, eingekerkert werden.

Bezeichnend ist, neben manchen anderen, bereits wiederholt widerlegten Behauptungen, der Umstand, daß Lloyd George mit der ehrlichsten Miene von der Welt seine Hörer wie folgt anschwindelte: **„Ich kann ehrlich sagen, daß die Regierung nichts vernachlässigt hat, um zu sehen, ob man ehrenvoll aus dem Kriege der Schrecken und Tragödien herauskommen könnte."** Das ist aufgelegter Schwindel! Jeder muß sich doch klar darüber sein, daß die **englische Regierung alles unterlassen hat, um zu einem auch für sie ehrenvollen Frieden zu gelangen.** Sie hat die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte und zuletzt noch das Angebot der Konferenz in Brest-Litowsk rundweg abgelehnt. Das weiß natürlich auch der englische Premier und dennoch wagt er es, solche Behauptungen aufzustellen. So werden die Völker belogen!

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Heeresberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Nieuport-Kanal und beiderseits von Dixmuiden nahmen wir bei kleineren Unternehmungen mehr als 70 Belgier gefangen.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten der Kampffront lebhafter. Nach Einbruch der Dunkelheit trat im Kemmelgebiet, südlich von der Somme zwischen Moreuil und Montdidier, zeitweilig erhebliche Feuersteigerung ein.

Bei Bucquoy scheiterten mehrfach englische Vorstöße. Auch in den übrigen Abschnitten dauerte rege Erkundungstätigkeit des Feindes an. Hierbei wurden westlich von Montdidier Amerikaner, im Ailette-Grunde Franzosen und auf dem Südufer der Aisne, nordöstlich von La Neuville, Engländer gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 25. Mai, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 25. Mai. (Amtlich.)

Die Kämpfe im Zugna-Raum flauten gestern wesentlich ab. Auf der Hochfläche von Asiago und an der unteren Piave scheiterten feindliche Erkundungsvorstöße. In Riva wurden durch feindliches Artilleriefeuer einige Häuser beschädigt. Ueber 39 feindliche Flugzeuge belegten Feltre mit Bomben. Ein Zivilist wurde getötet und acht verwundet. Sonst wurde nur geringer Sachschaden angerichtet. Der Feldpilot Offiziersstellvertreter von Biß, einer unserer erfolgreichsten Piloten, wurde im Luftkampf abgeschossen und tot geborgen.

*

Wien, 26. Mai. (Amtlich.)

Außer einigen durch Artilleriefeuer unterstützten Erkundungsversuchen der Italiener im Tonale-Abschnitt keine besonderen Ereignisse.

Vor der deutschen Offensive.

„Corriere" meldet aus Paris: Die Verzögerung der feindlichen Offensive beginnt unerklärlich zu werden. Seit mehreren Nächten war der schönste Mondschein. Auch diesen Vorteil haben die Deutschen nicht ausgenutzt. Jetzt weht stürmischer Wind. „Secolo" meldet aus Paris: Niemand glaubt in Paris, daß das Zögern der Deutschen die Bedeutung eines Verzichtes auf die Offensive habe. Jedermann erinnert sich, wie die Deutschen am 21. März plötzlich nach kurzer Artillerievorbereitung ihre Gräben verlassen haben. Dasselbe Manöver kann sich morgen wiederholen, wenn alles bereit ist. Inzwischen unterlassen sie selbst jede lokale Kampftätigkeit, um ihre Pläne nicht zu verraten, was ihnen bisher auch ausgezeichnet gelungen ist. Niemand kann sagen, wo der Angriff losbrechen wird.

Englische Fliegerangriffe auf Zeebrügge.

Amtlich wird aus London gemeldet: Vom 20. bis 22. Mai führten Teile unserer Luftstreitkräfte Bombenunternehmungen gegen Zeebrügge, die Mole, den Stützpunkt der Wasserflugzeuge und die in der Nähe liegenden feindlichen Schiffe aus, ferner gegen Ostende und den feindlichen Flugplatz von St. Denis-Westrem. Es werden zwei Volltreffer auf feindlichen Torpedobootszerstörern gemeldet, mit dem durch photographische Aufnahmen festgestellten Ergebnis, daß ein Zerstörer gesunken ist. Außerdem wurden drei feindliche Flugzeuge steuerlos heruntergetrieben. Alle unsere Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Hierzu erfahren wir von zuständiger Seite, daß in der laut amtlicher englischer Meldung angegebenen Zeit vom 20. bis 22. Mai zwar mehrfach Fliegerangriffe auf Zeebrügge und Umgebung vom Gegner ausgeführt worden sind, irgendwelche Erfolge blieben dem Gegner jedoch versagt. Bei einem Fliegerangriff zwei Tage später, am 18. Mai, auf die Werft von Brügge erhielt eines unserer Torpedoboote durch eine Fliegerbombe leichte Beschädigungen. Es ist keines unserer Torpedoboote gesunken. Die Engländer verloren bei ihren vergeblichen Bemühungen, unseren flandrischen Stützpunkten durch Fliegerangriffe Schaden hinzuzufügen, allein vom 18. bis 22. Mai fünf Flugzeuge. Ein weiteres wurde zur Notlandung gezwungen und die Besatzung gefangengenommen.

Eine Friedensadresse an den Papst.

Die „Züricher Post" meldet aus Freiburg i. d. Schweiz: „Die Gesellschaft für Völkerrecht, die Anfang des Jahres in Freiburg gegründet wurde, hat durch ihr „Friedensinstitut für die Versöhnung der Völker" an den Papst eine Adresse abgeschickt, unterzeichnet von über 72 000 Personen, zugunsten des Friedens im Sinne der Friedenskundgebung des Papstes. Diese Unterschriftensammlung ist mit Hilfe des katholischen Volksvereins in der Schweiz noch fortgesetzt worden.

Verhandlungen zwischen England und Deutschland über Gefangenen-Internierung.

Reuter meldet: Die britische Regierung beschloß, mit der deutschen Regierung durch Vermittlung der Niederlande Unterhandlungen zu eröffnen, um das jetzige Abkommen über die Internierung der Kriegs- und bürgerlichen Gefangenen zu erweitern. Der Beschluß wurde am Freitag gefaßt.

Wann wird endlich einmal beschlossen werden, mit den Gegnern über die Beendigung des Krieges zu verhandeln?

Costarica erklärt den Krieg.

(Reutermeldung.) Reuter erfährt aus San Juan del Sur, daß Costarica den Mittelmächten den Krieg erklärt hat.

Warmes Herz,
offene Hand
unsern Kriegsbeschädigten!
Gib
zur Ludendorff-Spende!

Russisch-ukrainische Friedensverhandlungen.

Donnerstag nachmittag fand in Kiew die erste öffentliche Vollsitzung der ukrainisch-russischen Friedensdelegation im kleinen Saal des Radagebäudes unter Vorsitz Scheluchins statt. Jeder Satz Scheluchins wird aus dem Ukrainischen ins Russische übersetzt. Bei der gegenseitigen Prüfung der Vollmachten wies Scheluchin darauf hin, daß in der Vollmacht nicht angegeben sei, ob die Sowjetsdelegierten zu Friedens- oder Waffenstillstands-Verhandlungen ermächtigt sind. Ferner fragte er, welche russischen Staatseinheiten durch die Sowjetsdelegierten vertreten würden, da Weißrußland, Sibirien, die Don- und Kaukasusrepubliken die Zuständigkei der Sowjetdelegierten abgelehnt haben. Der russische Vorsitzende Rakowski erklärte, dies sei zunächst eine innere russische Angelegenheit. Er ersuchte dann, die Frage schriftlich zu stellen, worauf schriftlich geantwortet würde. Die Frage Scheluchins, ob die Ukraine von der russischen Vertretung als selbständiger unabhängiger Staat anerkannt werde, wurde russischerseits bejaht. Die Mitglieder der ukrainischen Delegation sind außer Scheluchin und Igor Kistiakowski noch Baranowski vom Finanzministerium, Generaldirektor Swizin der Hüttenwerke in Jusowska vom Handelsministerium, Petrow vom Bewegungsministerium und der Chef des ukrainischen Generalstabes, Sliwinski, vom Kriegsministerium. In der Vollversammlung der russisch-ukrainischen Friedensdelegation wurde die Zuständigkeitsfrage der großrussischen Delegation noch nicht geklärt. Die ukrainische Delegation fordert erstens Generalvollmacht für die großrussische Delegation zum Abschluß aller in Betracht kommenden Verträge, zweitens die klare Definition der durch die großrussische Delegation vertretenen Gebiete.

Gegenrevolution in Odessa.

Das Berliner Ukrainische Pressebureau meldet:

In Odessa ist die sozialistische Duma aufgelöst und das Rathaus wurde von der Miliz umringt. Zum Bürgermeister von Odessa wurde General Dobzowolski, zu seinem Gehilfen Arkudinsk ernannt.

Die Lage in Südrußland.

Der Schweizerische Preßtelegraph meldet aus Stockholm, daß in Nikolajew schwere Unruhen stattfanden. Die Volkskommissare der Republiken Don und Taurien sind erschossen worden.

Ein russischer Funkspruch.

(Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Sowjet-Regierung hat folgenden Funkspruch nach Berlin ergehen lassen:

Heute, am 15. Mai, hat Graf Mirbach uns mitgeteilt, daß nach bei der deutschen Regierung eingegangenen Nachrichten am 11. Mai Batterien der Festung Ino auf finnische Truppen gefeuert hätten, und daß im Widerspruch mit dem Brester Friedensvertrage ein russischer Kreuzer bei der Festung liege. Nach sorgfältigen Erkundungen haben die Batterien der Festung Ino nicht gefeuert. Möglich ist es, daß Sprengungen in der Festung für Geschützsalven genommen worden sind. Der Kommandant der Festung hat unter dem Drucke eines Ultimatums der Weißen Garde auf Uebergabe der Festung keinen anderen Ausweg gewußt, als den Befehl, den Schießbedarf zu sprengen. Der Kreuzer „Oleg" war nur zu dem Zwecke vor der Festung, ihre Besatzung im Falle der Uebergabe aufzunehmen.

England und Rußland.

Robert Cecil teilte einem amerikanischen Zeitungskorrespondenten mit, daß die englische Regierung nicht die Absicht hätte, die heutige russische Regierung anzuerkennen. Es sei nicht sicher, daß die russische Regierung frei von deutschen Einflüssen sei.

Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Schweden und Rußland.

In Moskau finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen schwedischen und russischen Vertretern statt, um ein Handelsabkommen auf der Grundlage des Kompensations-Prinzips zustande zu bringen.

Gegen die französischen Annexionisten

wendet sich Renaudel in der „Humanite". Er schreibt, daß alle Welt das Bedürfnis empfinde, über die Friedensbedingungen klar zu werden. Die ganze Welt suche einen Weg aus dem Kriege. Es sei erstaunlich, daß gerade in einem solchen Augenblicke von gewissen Zeitungen, u. a. dem „Temps", ein heftiger Feldzug für das linke Rheinufer begonnen werde. Dieser Standpunkt sei mit den von der Entente vertretenen Forderungen auf Selbstbestimmungsrecht der Völker und Freiheit aller Völker unvereinbar.

Die Verhaftung von Friedensfreunden

in Italien dauert fort. „Secolo" meldet aus Rom, daß der Journalist Fortichiari, der Sekretär der mailändischen sozialistischen Förderation, und Fräulein Zaneti, die Vorkämpferin in der sozialistischen Frauenfrage, verhaftet sind.

Die Italiener an der Westfront.

Wie „Petit Parisien" berichtet, sind die für die französische Front bestimmten italienischen Truppen alle in Frankreich eingetroffen und befinden sich augenblicklich noch in einer Stadt Mittelfrankreichs konzentriert, wo sie von dem Vertreter Italiens im Versailler Kriegsrat, General Robiant, besichtigt wurden. Die italienischen Truppen werden in den nächsten Tagen auf die französische Front verteilt.

Ein englischer Hilfskreuzer und ein irischer Postdampfer versenkt.

Amtliche Meldungen aus London: Der armierte Hilfskreuzer „Moldawia" ist torpediert worden und dann gesunken. Es sind keine Menschenverluste unter der Mannschaft, doch werden 56 amerikanische Soldaten vermißt. Es ist zu befürchten, daß sie in einer Abteilung durch Explosion getötet wurden.

Der irische Postdampfer „Inniscarra", 1450 Tonnen, wurde am 24. Mai auf der Reise von Fishguard nach Cork torpediert und sank; fünf Mann der Besatzung einschließlich der Kapitäns wurden gerettet, die übrigen 37 Mann werden vermißt u. kamen wahrscheinlich um. Die „Inniscarra" sank sehr schnell. Einer der Ueberlebenden wurde an Bord des U-Bootes genommen. Der Kapitän der „Inniscarra" ist ernstlich verwundet worden.

Der Krieg auf den Meeren.

WTB. Berlin, 25. Mai. (Amtlich.) Ubootserfolge auf dem Nordseekriegsschauplatz. Nach neueingegangenen Meldungen unserer U-Boote: 16 500 Br.-Reg.-Tonnen. Ein tiefbeladener Fachtdampfer von mindesten 6000 Br.-Reg.-To. wurde aus starker Sicherung, ein anderer großer beladener Dampfer aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

WTB. Berlin, 26. Mai. (Amtlich.) Neue Unterseebootserfolge im Sperrgebiet um Italien. 5 Dampfer von zusammen etwa 27 000 Br.-R.-To.

Hiervon versenkte das von Kapitänleutnant Heinrich XXXIII Prinz Reuß befehligte U-Boot 3 wertvolle große Dampfer von zusammen rund 19 000 Br.-R.-To., unter ihnen den französischen Truppentransporter „Sant Anna" (9350 Br.-R.-To.).

Im Anschluß an die am 8. ds. Mts. veröffentlichten Erfolge eines U-Kreuzers im Sperrgebiet um die Azoren ist nachträglich festzustellen, daß ein von ihm aus großem gesicherten Geleitzug auf dem Wege Gibraltar-England durch Torpedo versenkter Dampfer, der auf etwa 4500 Br.-R.-To. geschätzt wurde, inzwischen als der englische Truppentransportdampfer „Nirpura" von 7640 Br.-R.-To. mit einer englischen Kavallerieabteilung an Bord, ermittelt worden ist.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verlust eines deutschen U-Bootes.

Die englische Admiralität teilt mit: Eines unserer atlantischen Geleit-Unterseeboote berichtet nach seiner Rückkehr in seinen Stützpunkt: Am 11. Mai sichtete es auf der Höhe von Kap St. Vincent, während es auf einen Geleitzug wartete, ein deutsches Unterseeboot vom sogenannten Kreuzertyp und versenkte es. Da zurzeit schwerer Seegang war, gab es keine Ueberlebenden. Kurz darauf wurde ein anderes feindliches Unterseeboot gesichtet, aber da es eiligst unertauchte, entging es dem Schicksal seines Gefährten. Angesichts der Tatsache, daß es der erste Unterseekreuzer ist, der zerstört worden ist, wurde beschlossen, von der üblichen Regel, die Zerstörung einzelner feindlicher Unterseeboote nicht zu melden, abzusehen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, muß, da über eines unserer westlich von Gibraltar operierenden U-Boote seit längerer Zeit keine Nachrichten vorliegen, mit einem Verluste auf die von englischer Seite gemeldete Weise gerechnet werden.

79 spanische Schiffe torpediert.

Die „Morning Post" meldet aus Madrid vom 24. Mai: Seit Beginn des U-Boot-Krieges sind 79 spanische Schiffe zu 160 000 Tonnen torpediert. 52 Spanier seien dabei umgekommen.

Japan und Amerika.

Die Freundschaft zwischen Japan und den Vereinigten Staaten scheint nicht weit her zu sein. Wie die „Frkf. Ztg." berichtet, machte im japanischen Oberhaus bei der Erörterung über die Versorgung der Kriegsflotte mit Petroleum am 26. März das durch kaiserlichen Befehl ernannte Mitglied Takahaschi den Vorschlag, Petroleumquellen in Mexiko zu bohren, ohne sich um Amerikas Ansichten zu kümmern. Admiral Kato, der Marineminister, antwortete, daß die Regierung in den Petroleum-

feldern in Mexiko Untersuchungen vornehme, aber aus diplomatischen Gründen könne er keine Einzelheiten vorlegen. Inouyan sagte, solange Amerika keine Skrupel empfinde, seinen Einfluß in Sibirien auszudehnen, habe Japan keinen Grund, sich von Mexiko zurückzuhalten.

Vermehrung des amerikanischen Heeres um drei Millionen Mann.

(Reutermeldung). Die Senatskommission für militärische Angelegenheiten befürwortete einstimmig die große Heeresvermehrung und beschloß, günstig über den Vorschlag des Senators Reed zu berichten, der dahin ging, das Heer der Vereinigten Staaten um drei Millionen Mann zu vermehren.

Die Heraufsetzung der militärischen Altersgrenze in Amerika.

Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge erfährt „Daily Telegraph" aus Washington, daß Senator Maclean den Vorschlag einbrachte, die Dienstaltersgrenze vom 31. auf das 45. Jahr zu erhöhen.

Amerika kann auf die niederländisch-indischen Waren nicht verzichten.

Reuter meldet aus Washington: Gemäß dem Wunsche Amerikas, den Handel zwischen den niederländisch-indischen Kolonien und den Vereinigten Staaten anzuregen, ließ das amerikanische Kriegshandelsamt dem Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien die Versicherung zugehen, daß den Dampfern, die zwischen dem Archipel und den amerikinischen Häfen fahren, Bunkerkohlen gegeben werden sollen und ebenso, daß Ausfuhrerlaubnisse für amerikanische Dampfer, die für den Archipel bestimmt sind, in Kraft bleiben oder, wenn nötig, erweitert werden sollen. Das Versprechen Amerikas, keine Schiffe zu beschlagnahmen, die sich am 21. März in niederländischen Kolonialhäfen befanden, gilt auch für die Schiffe, die auf dem Wege von dem Archipel nach amerakinischen Häfen waren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstagspräsident Dr. Kaempf

ist nach längerem Krankenlager im Alter von 76 Jahren gestorben. Der Verstorbene, an dessen Präsidententätigkeit manches auszusetzen war, hatte nur eine verhältnismäßig kurze parlamentarische Laufbahn hinter sich. Vor kaum 15 Jahren ließ er sich auf Drängen Eugen Richters im 1. Berliner Reichstagswahlkreis aufstellen und wurde auch gewählt. Im Reichstage trat er nur selten rednerisch hervor.

Die Neubesetzung des Präsidentenpostens dürfte noch zu einigen Auseinandersetzungen führen. Aus Abgeordnetenkreisen vernimmt die „Voß. Ztg." daß die Absicht besteht, bei der Neubesetzung des Präsidiums die beiden stärksten Fraktionen — Zentrum und Sozialdemokraten —, die infolge der Partei-Konstellation von 1912 unvertreten waren, heranzuziehen. In Betracht kommen die Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) und Scheidemann (Sozialdemokrat). Die beiden Vizepräsidenten Paasche (natl.) und Höve (freis. Volksp.) würden an ihrer Stelle bleiben, sodaß in Zukunft vier Mitglieder des Präsidiums vorhanden wären.

Die Kandidatur des Grafen Posadowsky, die in der Presse erörtert wurde, würde nach der persönlichen Seite hin eine allen Parteien willkommene Lösung darstellen, sie scheitert aber daran, daß der frühere Reichsschatzsekretär Vorstandsmitglied einer der kleinsten Fraktionen ist, der die größeren Parteien nicht den Vortritt lassen wollen."

Einer solchen Regelung dürfte sich die Rechte lebhaft widersetzen.

Amtliche Erklärung zur Kürzung der Brotration.

Die württembergische Regierung hatte sich, wie Minister v. Köhler in der Sonnabendsitzung der Zweiten Kammer mitteilte, an die Reichsgetreidestelle mit der Frage gewandt, ob es gestattet sei, daß die einzelnen Kommunalverbände, welche Ersparnisse an Mehl gemacht hätten, von der Kürzung der Brotration absehen. Darauf kam die Antwort, daß die Reichsregierung in dieser Frage folgenden Standpunkt vertrete: Voraussetzung für die Verwendung von Ersparnissen zur Vermeidung einer Kürzung der Brotration ist der genau zahlenmäßige Nachweis, daß die Ersparnisse durch bisher geringere Bemessung der Brotration erzielt worden sind. Die Entscheidung darüber, ob überhaupt Abweichungen von der festgesetzten Tages- und Kopfmenge zulässig sind, wird vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes nach dessen Rückkehr erledigt werden.

Wegen der auch in München geplanten Nichtherabsetzung der Brotration hat sich die württembergische Regierung nach München gewandt und von der bayerischen Regierung die Auskunft erhalten, daß diese noch keine Stellung zu der Frage genommen habe.

Der Kampf gegen Erzberger.

Die „Trierische Landeszeitung", das Blatt des Bischofs Korum von Trier, hält der „Kölnischen Volkszeitung" vor, daß ihre Kronzeugen gegen Erzberger alldeutsche Organe seien; all diese Angriffe träfen in letzter Linie die Fraktion. In der „Deutschen Tageszeitung" sei zum Beispiel ein Zitat aus einem Artikel gegen Erzberger im „Münsterischen Anzeiger" veröffentlicht worden, der in diesem Blatte erst einen Tag später erschienen sei! Man tausche also schon gegenseitig Bürstenabzüge aus! Das Trierer Blatt schreibt dann:

„Bisher ist uns noch kein Artikel von einem Zentrumsabgeordneten des Reichstages zu Gesicht gekommen, der den Standpunkt der „Kölnischen Volkszeitung" vertreten hätte. Dagegen glauben wir aufs bestimmteste, daß Abeordnete wie Gröber, Trimborn, Marx, Pieper, Hitze, Herold, Fehrenbach, den Standpunkt der „Kölnischen Volkszeitung" in dieser Frage nicht teilen. Und sollten diese Herren nicht mindestens ebenso gut den Abgeordneten Erzberger beurteilen können wie irgendeine Redaktion? Oder sollte ihm an dem Bestande und der Wirksamkeit des Zentrums weniger gelegen sein? **Welche Wirkung muß es aber im Volke und bei unseren Gegnern haben, wenn Zentrumsblätter eine Sprache führen, als wenn die Zentrumsfraktion nur aus Trotteln bestände, die sich von einem Abgeordneten am Gängelbande führen ließen."**

Es sei, so schließt das Blatt, schon so weit gekommen, daß die auf Seite der Fraktion stehenden Blätter verdächtigt, bekämpft und boykottiert werden; es drohe ein Terrorismus, der schlimmer sei als der neue „Fall" Erzberger.

Wenn die „Kölnische Volkszeitung" mit ihrer Attacke gegen Erzberger auch diesmal wenig Glück haben wird, so wird sie doch den Kampf gegen ihm kaum ruhen lassen. Der alldeutsche Flügel des Zentrums verabscheut den Abgeordneten Erzberger als Wegbahner eines Verständigungsfriedens. Hier liegt der Schlüssel des ganzen Streites.

Amerika.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Mexikos zu Kuba.

Aus Mexiko City meldet Reuter: Das Ministerium des Auswärtigen bestätigt, daß Mexiko die diplomatischen Beziehungen mit Kuba abgebrochen hat. Der mexikanische Geschäftsträger in Havana und der hiesige kubanische Gesandte sind zurückberufen worden.

Der Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Kuba ist noch nicht vollkommen aufgeklärt. Die Schwierigkeiten scheinen durch das Verschwinden des Gepäcks von Tabela, des mexikanischen Gesandten in Argentinien auf dem Dampfer entstanden zu sein, mit dem er nach Südamerika reiste. Das Gepäck wurde aufgefunden und nach einigen Tagen dem Eigentümer zurückgegeben.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Meteren wurden bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen.

Die Artillerietätigkeit lebte an den Kampffronten erst in den Nachmittagsstunden auf. Die feindliche Artillerie war vor allem im Kemmelgebiet, auf dem Nordufer der Lys, zwischen Arras und Albert und auf dem Westufer der Avre tätig. Die Erkundungstätigkeit blieb rege.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Eine Schimpfkanonade.

eröffnen die Blätter der Reaktion gegen das vom Parteivorstand veröffentlichte Aktionsprogramm. Man denkt dabei unwillkürlich an August Bebels Wort, nach dem sich die Sozialdemokratie immer dann auf dem besten Wege befinde, wenn sie von den Gegnern mit den lautesten Schimpfereien begleitet wird.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bezeichnen das ganze Programm als „unerfreulich", als ob es die Sozialdemokratie jemals für ihre Aufgabe angesehen hätte, dem Berliner Scharfmacherblatte oder seinen Auftraggebern Freude zu bereiten. Diesen Mangel sucht man schließlich durch eine desto schärfere Tonart vergessen zu machen. Hui, wie kann der dienstbare Geist des Scharfmachertums so wacker schmälen:

„Die meisten dieser Forderungen sind alte, schlechte Bekannte, die uns nicht das erste Mal begegnen. . . . Die Durchführung des politischen Aktionsprogramms würde unser Kaisertum zu einem Scheinkaisertum und unser Königtum zu einem Scheinkönigtum herabdrücken. . . . Aus jeder Zeile tritt uns parteipolitischer Egoismus in der nacktesten Gestalt entgegen. Auch aus den übrigen Forderungen spricht die Rücksichtslosigkeit gegenüber den anderen Volkskreisen in krassester Form. Die staatssozialistische Bewirtschaftung mit der kommunistischen Verteilung, wie wir sie uns jetzt unter dem Drucke des Krieges gefallen lassen müssen, möchten die Sozialdemokraten am liebsten verewigt sehen. Sie schrecken dabei vor keinem Eingriffe in fremde Rechte zurück und wirtschaften überall aus dem Vollen, sofern es auf fremde Kosten geht. Das ist überhaupt der unangenehmste Eindruck, den das Aktionsprogramm im ganzen hinterläßt: möglichst viele Rechte, möglichst wenige Pflichten."

Ja, da ist doch der Kriegsgewinnler, der Leser der „Berliner Neuesten" ist, ein ganz anderer Kerl: Er will nur möglichst viele Pflichten und möglichst wenige, am besten gar keine Vorteile! Nicht wahr?

Auch der Sozialistentöter der „Deutschen Tageszeitung" scheint angesichts der Arbeit unseres Aktionsausschusses nicht gerade von guten Geistern beraten. Er orakelt:

„In dem Programm spiegelt sich nicht nur das während des Krieges stark gewachsene Selbstbewußtsein der Sozialdemokratie wieder, sondern auch die neue Richtung in der Partei, die darauf aus ist, mit Hilfe der während des Krieges innerhalb des Staates gewonnenen Machtstellung eben diesen Staat zur weiteren Verfolgung ihrer Ziele, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, zu nützen. Da liegt die Gefahr, über die sich alle bürgerlichen Parteien klar sein sollten: Die Gefahr, daß jegliche Freiheit und jegliche individuelle Entwicklungsmöglichkeit mit der Keule des Staatssozialismus im übelsten Sinne erschlagen und jede frische Aufwärtsentwicklung unmöglich gemacht wird. In diesem Aktionsprogramm entschleiert die Sozialdemokratie wieder ihre alteingewurzelte Gegnerschaft nicht nur gegen das Kapital, sondern vor allen Dingen auch gegen die breiten Schichten des Mittelstandes überhaupt, gegen alles, was sich nicht willenlos und unter Verzicht auf jede persönliche Note und Eigenart einordnen läßt in das große Herdendasein und die allgemeine Verhaustierung, die das Ideal sozialistischer Engstirnigkeit darstellt."

Selbstbewußtsein ist eine schöne Sache, — wenn es der Junker an den Tag legt. Wenn gar der Arbeiter anfängt, seinen Wert zu erkennen und Selbstbewußtsein zu zeigen, so beginnt damit die „Verhaustierung" der Gesellschaft. Dem „engstirnigen" Ideal des sozialdemokratischen Arbeiters setzt die „Deutsche Tageszeitung" die leuchtende Gestalt des mecklenburgischen Schnitters gegenüber, der sich von seinem „Herrn" nackt ausziehen und mit der Peitsche traktieren läßt.

Sie fangen langsam an, dösig zu werden, die literarischen Sachwalter der Reaktion!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 27. Mai.

Der Staat sind wir!

Der vierzehnte Ludwig, weiland König von Frankreich, sprach einst das merkwürdige Wort: Der Staat bin ich! Wahnsinnige Selbstüberhebung ist es, nicht einmal durch den Gottesgnadenbegriff völlig gerechtfertigt, wenn ein König sich als Kern und Wesen des Staates betrachtet. Allerdings ist solche königliche Auffassung mehr oder weniger psychologisch erklärlich, indem zur Zeit Ludwig XIV. alle, die eine Krone trugen, von sich meinten, daß sich um sie das ganze Planetensystem zu bewegen bemühe, daß das Volk und alles sonstige Drum und Dran nur geschaffen sei, den Glanz der Krone zu heben und ihre Träger demütigst als besondere Wesen zu bewundern. Mag sein, daß der vierzehnte Ludwig sich mit dem Ausruf nur gegen die allmächtige Ministerwirtschaft, wie sie der Mazarin in seiner ersten Regierungszeit ausgeübt hatte, wenden wollte. Jedenfalls bleibt das Wort bestehen und charakterisiert die absolutistische Staatsform der damaligen Zeit zutreffend. Das Wort war nicht nur das Regierungsprogramm Ludwigs XIV., sondern Lebensgrundsatz aller Herrschenden überhaupt, bis hinunter zum einfältigen Landadel, der zur Deckung seiner ausbeutenden und räuberischen Praxis natürlich selbst gern daran glaubte. Das Wort bedeutet ein System, dessen Reste noch unverfälscht in die Gegenwart hineinragen. Was bedeutet der Widerstand der preußischen Junker gegen die einfachsten Aufgaben fortgeschrittener Staatspolitik anderes als das Bekenntnis: Der Staat sind wir! Das heißt, nach unserem Gutdünken wird unserem Interesse entsprechend der Staatskarren gefahren!

Immerhin haben sich die Zeiten etwas geändert und den Junker will man nicht mehr so frei und ungebunden wirtschaften lassen im Staat. Die Zeiten Ludwigs XIV. sind selbst in Preußen-Deutschland, wo sie bekanntlich am ausgeprägtesten entwickelt waren, so ziemlich vorbei, denn inzwischen haben sich die Dinge der Weltgeschichte verschoben. Freilich spielen die Junker und ihre Geschlechter noch eine mehr als nötig große Rolle im Staate, aber, sie haben starke Konkurrenz erhalten. Neben dem Landjunker ist der Schlotbaron entstanden. Wenn auch in der ersten Entwicklungszeit der Industrie der Landjunker recht ungnädig auf sie zu sprechen war und er selbst ihre schwerreichsten Vertreter nicht als ebenbürtig gelten lassen wollte, so hat sich doch das Bild allmählich geändert, denn schließlich kommt es nicht auf die Geburt allein an, sondern es müssen einem auch die nötigen Silberlinge in die Wiege gelegt werden. Trotz gelegentlichem Grollen liegen sich die vom Besitz aus Landwirtschaft und Industrie in den Armen; der alte und der neue Adel feiert täglich ein Verbrüderungsfest.

Wer nun meinen sollte, daß mit der nunmehrigen Herrschaft des Bürgertums absolutistische Grundsätze in die Rumpelkammer geworfen wären, irrt sich sehr. „Der Staat bin ich!" Auch heute gibt es von Demokratie, dieser sogenannten Bürgertugend, noch verdammt wenig. Zwar heißt es heute nicht mehr: Der Staat bin ich! Auch haben sich die Junker etwas einschränken müssen, so daß sie nicht allein der Einbildung leben können, den Inbegriff des Staates darzustellen, heutzutage sagen alle, ob Agrarier, Industrielle oder Handelsherren, wenn sie es zu entsprechendem Besitz gebracht haben: Der Staat sind wir! Warum? Nun, sie glauben, daß eben der Besitzende, nicht der Mensch an sich, es ist, um den sich alle Welt dreht. Der Besitz ist Sonne, ist belebende Kraft, nur er ist imstande, den Menschen auf die Pfade des Glücks zu führen. Na, und da der Besitz sich alles leisten kann, weshalb sollte er denn nicht auch den Gottesgnadenbegriff haben, der Staat zu sein? Und weshalb sollte er nicht auch nach diesem Grundsatz handeln?

Da ist es wohl verständlich, daß Menschen, die eine solche Auffassung vom Staat und seinem Wesen haben, nicht daran denken, andere, denen es an der Tugend des Besitzes mangelt, als vollberechtigte Staatsglieder zu eximieren. Wie Junker, Industrielle und Handelsherren in Preußen alle Mittel aufbieten, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verhindern, so halten überall die Besitzenden den nach ihrer Meinung ungerechtfertigten Anspruch der „unteren" Volksschichten auf Bürgerrechte nieder. Auch in Lübeck ist sich die Dreieinigkeit des Besitzes darin einig, daß von einem uneingeschränkten Bürgerrecht für alle, die uneingeschränkt Bürgerpflichten auszuüben haben, nicht die Rede sein kann. Der Staat sind sie, soweit es sich um Bürgerrechte handelt. Natürlich gibt es auch Nichtbesitzende, die sich aus dem Banne der Ueberlieferung nicht zu befreien vermochten und dem Besitz, wie einst dem absoluten König, das Recht zum Herrschen zuerkennen, wie es denn ja außerdem in Menschenkörpern auch noch Hundeseelen geben soll.

Angenommen, daß das alles so in Ordnung ist, daß tatsächlich die vom Besitz die Träger des Staates sind und nur ihnen deshalb die vollen Staatsbürgerrechte zustehen, so ist nicht recht zu begreifen, wie man von dem übrigen Teil der Bevölkerung eine so starke Anerkennung des Staatsinteresses verlangt. Der Staat sind wir! So heißt es, wenn es sich um Bürgerrechte für alle handelt. Muß man unter solchen Umständen nicht voraussetzen, daß alle, denen man die vollen Bürgerrechte verweigert, mehr oder weniger den Staat nicht als ihren Staat ansehen? Die sich als Träger des Staates fühlen, fordern immer wieder, daß alle als Bürger in allen Dingen ein volles Staatsbürgerbewußtsein zum Ausdruck bringen. Ganz schön, aber wem zu jeder Zeit und Stunde zu Gemüte geführt wird, daß er, wenn es auf Rechte ankommt, kein vollwertiger Staatsbürger ist, dem wird man schwerlich, wenn er keine Hundeseele hat, das volle Staatsbürgerbewußtsein beibringen. Dementsprechend wird man auch sein Verhalten gegenüber dem Staat erklären müssen. Alle, die nach dem modern-absolutistischen Grundsatz handeln: Der Staat sind wir! brauchen sich nicht zu wundern, wenn andere sich nicht als Bürger fühlen und sich gegen Pflichten wehren, die ihnen von einem Staat, der ja nicht ihr Staat sein soll, auferlegt worden sind.

Wie groß das Bedürfnis der Besitzlosen ist, den Staatsgedanken anzuerkennen, sich als Bürger zu fühlen und voll zu betätigen, zeigt das Streben der Sozialdemokratie, die doch unzweifelhaft Vertreterin von Anschauungen der Besitzlosen ist, den Arbeitern überall die Wege dafür freizumachen. Es zeigt sich auch in der Betätigung der Arbeiter selbst, sofern ihnen dafür hin und wieder schon eine Gasse gebahnt worden ist. Alles Lamentieren über mangelnden Bürgersinn bei den „unteren" Volksschichten ist zwecklos, solange von den Besitzenden in praxi nach dem absolutistischen Grundsatz Ludwigs le grand gehandelt wird. Soll das Staatsinteresse bis zum letzten Einwohner reichen, muß er auch als Bürger voll respektiert werden. Wer das nicht will, braucht sich über mangelndes Staatsverständnis beim Volke nicht weiter aufzuregen.

Argos.

Das Angeln dient in unserer Zeit der außerordentlichen Ernährungsschwierigkeiten zahlreichen Leuten als Mittel zur Ergänzung ihrer Küchenvorräte. Ein schmackhafter Fisch muß Fleisch und Fett und Zubrot ersetzen. Nun ist jedoch in Lübeck die Gelegenheit zum Angeln verhältnismäßig beschränkt, besonders seit der Zeit, da man den Anglern verbot, von den Ufern der Falkenwiese aus ihre Schnüre in die Wakenitz zu werfen. Dieses Verbot erfolgte jedoch zur Friedenszeit, als ein Nahrungsmittelmangel nicht bestand. Damals hieß es, das Publikum, welches an der Wakenitz spazieren ging, werde durch die Angler belästigt. Selbstverständlich kann solche Belästigung höchstens in Einzelfällen erfolgt sein. Heute gibt es nur noch wenige Spaziergänger am Wakenitzufer, dafür aber umsomehr Appetit auf Fische. Deshalb hatten sich in den letzten Tagen, trotz des noch nicht aufgehobenen Verbotes, wieder Angler in dieser Gegend eingefunden, gegen die zunächst auch nichts unternommen wurde. Jetzt hat man sie aber wieder weggewiesen, wie manche von ihnen meinen, auf Veranlassung der Fischer. Gerade diese haben aber so reiche Fänge gemacht, wie selten. Es wäre nur zu wünschen, daß das Polizeiamt dem auch in der Bürgerschaft wiederholt geäußerten Verlangen nach Freigabe des Angelns in der Wakenitz endlich entspräche.

Wann ist die Höchstpreisüberschreitung durch den Käufer strafbar? Die im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Bundesrats gegen die Preistreiberei regelt, wie wir kürzlich schon mitteilten, auch die Frage der Höchstpreisüberschreitung neu. In Zukunft wird bestraft: Wer vorsätzlich höhere Preise als die Höchstpreise fordert oder sich gewähren oder versprechen läßt; wer vorsätzlich beim Erwerbe für Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn höhere Preise als die Höchstpreise gewährt oder verspricht; wer vorsätzlich zu einer solchen strafbaren Handlung auffordert, anreizt oder sich erbietet.

Hiernach ist also der Käufer, der höhere Preise als die vorgeschriebenen zahlt oder verspricht, nur dann strafbar, wenn er die Ware zum Zwecke des Wiederverkaufs mit Gewinn kauft, oder wenn er einen Händler zu einer Höchstpreisüberschreitung auffordert und anreizt. Wer bei Einkäufen für sich oder andere dem Verkäufer einen höheren Preis als den festgesetzten lediglich gewährt, macht sich dadurch noch nicht strafbar. Falls aber ein Käufer einen Händler auffordert, ihm eine Ware zu beschaffen oder zu verkaufen und dabei einen höheren als den festgesetzten Preis anbietet, macht auch er sich strafbar.

Was der Leser für seine Zeitung tun kann. Abonnenten sind uns ein willkommenes Publikum und Inserenten erst recht. Aber auch darüber hinaus liegt es im Willen des Lesers, unserer Zeitung noch weitere, schätzenswerte Vorteile zu vermitteln. Sehr dankbar sind wir beispielsweise stets für eine kräftige Mitarbeit unserer Leser, Bekanntgabe von Tagesereignissen, Stellungnahme zu Fragen von allgemeinem Interesse und dergleichen. Eine Zeitung, die allen Lesern etwas bringen soll, muß besonders Wert darauf legen, möglichst vielseitig zu sein. Und in dieser Hinsicht ist Mitarbeit unserer Leser und Leserinnen von hoher Bedeutung. Denn trotz eifrigster Tätigkeit können die Zeitungsschreiber nicht überall persönlich dabei sein, sondern sind auf Vermittlung aktueller Tagesereignisse usw. durch die Leser geradezu angewiesen. Die Bekanntgabe allein genügt bereits; für die druckreife Darstellung des Vorgangs wird dann schon gesorgt.

Wer also etwas weiß, was für weitere Kreise Interesse hat, der teile es uns gefälligst mit, damit wir unsere Leser davon benachrichtigen können. Er leistet damit seinem Blatte einen Dienst, der ebenso wertvoll ist, wie die Werbung neuer Abonnenten, die natürlich eifrig weiter betrieben werden muß.

Ein Unfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag in der Hüxtertor Allee bei der Blankstraße. Dort wurde ein in der Moltkestraße wohnender, anscheinend schwerhöriger älterer Mann von der Straßenbahn angefahren und erlitt eine Ausrenkung des einen Beines sowie verschiedene Hautabschürfungen. Der Verunglückte kam aus den Anlagen beim Dückerkanal und ging trotz wiederholter Warnungssignale direkt auf die Bahn zu, sodaß der bedauerliche Vorfall nicht vermieden werden konnte. Sein Befinden soll in keiner Weise besorgniserregend sein. Die Nachricht, ihm sei ein Bein abgefahren, ist gänzlich unzutreffend.

Die Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft verzeichnet in ihrem Geschäftsbericht für 1917 eine erhebliche Steigerung des Personenverkehrs, während der Güterverkehr nicht nennenswert gewachsen ist. Es wurden im Berichtsjahre insgesamt befördert: 1 581 656 Personen einschließlich Militär, 2623 Tonnen Reisegepäck, 15 909 Stück Vieh, 258 343 Tonnen Güter aller Art, ausschließlich Betriebs-Transporte, Post- und Militärgut. Die Einnahmen betrugen: aus dem Personenverkehr, aus dem Güterverkehr und aus sonstigen Quellen zusammen 1 414 299,80 Mark. Bei Vergleichung der Einnahmen für 1917 mit denen für 1916 ergibt sich für das vorliegende Betriebsjahr eine Mehreinnahme von 236 733,76 Mk. Nach der Abrechnung beträgt die Summe der Betriebseinnahmen (einschließlich Vortrag) 1 414 299,87 Mk., die Summe der Betriebsausgaben 1 194 211,07 Mk., so daß sich ein Ueberschuß von 220 088,80 Mark ergibt. Aus diesem soll, wie schon mitgeteilt, u. a. ein Gewinnanteil von 3½ Prozent an die Aktien Buchstabe A und 1 Prozent an die Aktien Buchstabe B gezahlt und 11 124,80 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wesselburen. Feuer. Freitag abend ist das umfangreiche Wohngebäude des Hofbesitzers Gustav Holst in Wesselburen niedergebrannt.

Geesthacht. Vier Personen beim Baden ertrunken. Ein schweres Unglück ereignete sich am hiesigen Elbestrande beim Baden. Durch den Wellenschlag eines vorbeifahrenden Dampfers wurden nicht weniger als drei erwachsene Personen abgetrieben, die sämtlich ertranken. Es handelt sich wahrscheinlich um drei Fabrikarbeiter aus der benachbarten Pulverfabrik Düneberg. Die Namen zweier konnten nicht festgestellt werden, der dritte ist der Arbeiter Budelko aus Hamburg. Auf dem gegenüberliegenden Elbufer ertrank ein dreizehnjähriges Mädchen aus Rönne.

Geestemünde. Die Wohnungsfrage. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Delius fand eine Versammlung der Arbeitgeber aus Handel, Gewerbe und Industrie statt, um über die Beteiligung der Arbeitgeber an der geplanten Kleinsiedelung zu beraten. Der Vorschlag des Vorsitzenden, wonach die Arbeitgeber das Unternehmen dadurch fördern, daß sie die auf 800 000 Mark veranschlagten Grunderwerbskosten der Genossenschaft als Darlehen hergeben, das für die ersten 5 Jahre unverzinslich und von da ab mit 3 Proz. verzinslich ist, fand allgemeine Zustimmung, und es wurden sofort 532 000 Mark für diese Zwecke gezeichnet.

Syke bei Bremen. Ein Oberbahnhofsvorsteher als Lebensmittelschieber und Güterdieb. Unter schwerem Verdacht ist in Kirchweyhe der Oberbahnhofsvorsteher A. verhaftet und dem Verdener Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Es wird ihm vorgeworfen, zahlreiche Lebensmittelunterschlagungen in großem Maße begangen zu haben. Seinen Betrügereien kam es sehr zustatten, daß A. der Leiter des Konsum- und Sparvereins für Eisenbahnbedienstete sowie Leiter einer Speisehalle war. Der Verhaftete, der in Kirchweyhe eine große Rolle spielte, hat allerlei Fleischschiebungen verübt, seine eigenen Mastschweine mit Graupen und Haferflocken fett gemacht, auch sind in seinem Hause mehrere Sack Pfeffer ermittelt worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Kirchweyher Oberbahnhofsvorsteher auch an dem seinerzeit gemeldeten Verschwinden einer ganzen Eisenbahnladung Pfeffer beteiligt war. Fast sämtliche Züge vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach Richtung Hamburg werden auf Bahnhof Kirchweyhe umrangiert und neu zusammengestellt. Die Untersuchung dieser aufsehenerregenden Vorgänge wird von der Bremer Kriminalpolizei und von Beamten des Kriegswucheramts Berlin noch weiter verfolgt.

Theater und Musik.

Einen Lieder- und Arien-Abend veranstalteten am letzten Sonnabend Viktor Mossi und Helene Sager im Logensaal. Herr Mossi ist ein Baritonist mit schöner und kraftvoller Stimme, dem Rollen wie der Tellramund und ähnliche leidenschaftliche Helden besonders gut liegen — er hat das am hiesigen Stadttheater gezeigt. Der Vortrag von Wetzlers „Vor der Schlacht" bestätigte das. Doch auch des gleichen Komponisten „Ein Kuß von rotem Munde", die Zugabe „Der Asra" sowie Arien und Lieder aus verschiedenen Opern trugen ihm reichen Beifall und viele Blumen ein. Frl. Sager, eine Lübecker Sängerin, verfügt über einen ergiebigen und wohlklingenden Sopran von guter Schulung. Sie hatte Lieder von Brahms, Wolf, Bungert und Lüling gewählt und sang sie mit warmer Empfindung. Hingegen lagen ihr die zwei Arien aus „Samson und Delila" von Saint-Saens, in denen brünstige Leidenschaft mit Pariser Parfüm erklingt, weniger günstig, auch der Stimmlage nach. Rühmlich war die Wiedergabe zweier Duette aus „Die Zauberflöte" und „Don Juan" von Mozart. Auch Frl. Sager konnte den lebhaften Dank der zahlreichen Hörerinnen entgegennehmen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Mobilmachung des Metalls der Einrichtungsgegenstände.

Aus Mitteilungen der Metall-Mobilmachungsstelle über die Korpsverordnung vom 26. 3. 18 (Lübeckische Anzeigen Nr. 143) geht unter anderem folgendes hervor:

1. Ist in Türklinken und Türknöpfen aus beschlagnahmtem Metall ein eiserner Dorn eingegossen, so befreit dieses nicht von der Ablieferungspflicht. Die Befreiung gilt nur für **Türklinken und Türknöpfe,** die z. B. zum Zwecke des besseren Aussehens aus beschlagnahmtem Metall in Verbindung mit einem anderen Stoff, wie Holz, Horn usw. hergestellt sind.

Türen, die nach außen hin abschließen, sind wie Korridortüren zu behandeln. Die daran angebrachten **Klinken** und dazugehörigen Unterlagen (Langschilder, Rosetten) brauchen einstweilen nicht abgeliefert zu werden.

2. **Fenstergriffe und Fensterknöpfe,** die durch Lösen von Schrauben oder Stiften entfernt werden können, werden von einer Nachtragsverordnung getroffen, die z. Zt. in Vorbereitung ist.

3. Die Ausnahmebestimmung zugunsten der Bassülverschlüsse (Nr. 49 des Beschlagnahme-Verzeichnisses) wird durch Nachlaßverordnung aufgehoben werden.

4. Die auf Veranlassung der Metall-Mobilmachungsstelle hergestellten **Ersatz-Gegenstände,** die bei der amtlichen Ersatzbeschaffung verwendet werden sollen, werden auch im freien Handel zu haben sein.

Lübeck, den 16. Mai 1918. (2472

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in Schlutup findet statt am Dienstag, dem 28. Mai 1918, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags beim Schlachtermeister Franz Winkler, Schlutup, Lübecker Straße 31, auf Abschnitt 3 der von der Polizeistation Schlutup abgestempelten **gelben** Knochenbezugskarten.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 25. Mai 1918. (2471

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
über Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preiskommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 3. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werden für das lübeckische Staatsgebiet folgende Preise vom 28. Mai 1918 ab festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Gruppe A Großhandelspreis	Gruppe A Kleinhandelspreis	Gruppe B Großhandelspreis	Gruppe B Kleinhandelspreis
1. Spargel					
a unsortiert	45 Pfg.	60 Pfg.	75 Pfg.	60 Pfg.	75 Pfg.
b Sorte I	70 „	85 „	105 „	85 „	105 „
c „ II u. III	45 „	60 „	75 „	60 „	75 „
d Suppenspargel	10 „	18 „	25 „	18 „	25 „
2. Sauerampfer		26 „	35 „	26 „	35 „

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet. Sämtliche Preise treten mit dem 1. Mai 1918 in Kraft.

Auf Grund § 5 der Lieferungsverträge ist der Erzeuger, der Lieferungsverträge abgeschlossen hat, zur Lieferung auf Grund vorstehender Erzeugerpreise verpflichtet.

Im übrigen bleiben die am 25. Februar 1918 und am 29. April 1918 festgesetzten Richtpreise in Kraft.

Lübeck, den 27. Mai 1918. (2477

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Juni 1918: **30 cbm.**

Lübeck, 26. Mai 1918. (2474

Die Betriebsbehörde.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Lübecks!

Die Unterzeichnete wurde beauftragt, folgenden von der **Versammlung des Gewerkschaftskartells** beschlossenen Aufruf hiermit öffentlich zur Kenntnis zu bringen:

Die Gewerkschaften Lübecks, die Fühlung mit den Arbeiter-Ausschüssen aller Betriebe genommen haben, halten es — in Uebereinstimmung mit diesen — für eine dringende Pflicht der in der Heimat Zurückgebliebenen, die Opfer des Krieges mit allen Kräften zu erleichtern, also vor allem

den Kriegsverletzten zu helfen.

Obgleich es in erster Linie

die vornehmste Pflicht des Reiches ist, die Fürsorge für die Kriegsverletzten zu übernehmen,

der es sich auch nicht entziehen kann, sehen die Gewerkschaften dennoch ein, daß auf diesem Gebiete auch schnelle Hilfe von privater Seite den Kriegsverletzten zugute kommen muß. Deshalb beteiligen sich die Gewerkschaften an der — als Ludendorff-Spende bezeichneten — freiwilligen Sammlung für die Kriegsverletzten. Um ausreichend helfen zu können, bedarf es großer Mittel und wird darum auch von der Lübecker Arbeiterschaft erwartet, daß

jeder nach seinen Kräften

die Bestrebungen dieser Sammlung unterstützt, **über deren Verwendung den Gewerkschaftsvertretern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden ist.**

Die in Lübeck gesammelten Gelder kommen ausschließlich Lübecker Kriegsinvaliden zugute.

Es sei ausdrücklich noch bemerkt, daß **jeder Druck und Zwang ausgeschlossen** ist und nur von denjenigen ein Beitrag erwartet wird, die dazu in der Lage sind, einen solchen zu leisten. **Die Listen für die Sammlung werden vom Vorstand des Gewerkschaftskartells ausgegeben** und können von den Obleuten der Arbeiter-Ausschüsse aller Betriebe bei dem Vorsitzenden, Genossen A. **Rocksien, Johannisstraße 48, II,** entgegengenommen werden. **Alle Gelder sind nach der Sammlung mit den Listen wieder an diesen oder an Genossen Chr. Thies, Gewerkschaftshaus, abzuführen.** 2470

J. A.: **Die Kartellkommission.**

Im Kampfe für das Vaterland starben den Heldentod unsere Krankenpfleger und Angestellten

Ernst Johannesson
gefallen am 16. Juli 1916

Heinrich Redler
gefallen am 10. November 1917

Fritz Hellmann
gefallen am 6. April 1918.

Ihr Andenken wird allezeit in Ehren gehalten werden. 2469

Die Heilanstalt Strecknitz.

Am Sonnabend 11½ Uhr nachts entschlief sanft und ruhig nach kurzem schwerem Leiden in seinem 89. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater und Onkel

Joachim Kerfack.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen.

Joachim Kerfack u. Frau geb. Hagemann.
Johann Kerfack und Frau geb. Peters.
Peter Kerfack u. Frau geb. Frank.
Wilh. Behrens, zurzeit im Felde u. Frau geb. Kerfack

Enkeln, Urenkeln und allen Verwandten.

Stockelsdorf, Lohstraße 35 und Lübeck.

Bestattung Sonnabend. Beginn der Trauerfeier um 5½ Uhr in der St.-Lorenzkirche. (2479

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 23. Mai starb unser treues Mitglied, der Arbeiter

Heinr. Gerke.
(Bez. 28.)

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Dienstag, den 28. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

2476) **Die Ortsverwaltung.**

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Dienstag, dem 4. Juni 1918
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1918.
2. Revisionsbericht des Verbandsrevisors Herrn J. Brinkmann, Hamburg.

Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
2473) **Der Vorstand.**

Zu kaufen gesucht (2466
Haussstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (2478
Liebe im Schnee.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (2467
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher,
Breite Strasse 54 und Hüxstr. 71.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter, auch Arbeiterinnen

in größerer Zahl, ferner (2468

Dreher,
Schlosser,
Lokomotivführer,
Rangierer,
Heizer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22

Nr. 121
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 27. Mai 1918

Kriegervereine, Sozialdemokratie und deutsche Regierung.

Zu der Pfingsttagung des Deutschen Kriegerbundes und des preußischen Landeskriegerverbandes, die zu einer Verschmelzung des Deutschen Kriegerbundes mit dem Kyffhäuserbund der Kriegervereine geführt hat, veröffentlicht der „Vorwärts" ein vertrauliches Rundschreiben des preußischen Ministers des Innern, v. Drews, an die Oberpräsidenten über die verschiedenen Kriegervereinsorganisationen. In diesem vom 13. April 1918 datierten Schreiben heißt es:

Der Minister des Innern. Berlin, den 13. April 1918.
V. b. 331.

Vertraulich!

Die Bestrebungen, die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in Sonderorganisationen außerhalb der Kriegervereine zusammenzufassen, nehmen nach und nach einen größeren Umfang an. Zu dem im Jahre 1916 begründeten Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich mit dem Sitze in Essen, dessen Verbandsorgan die Zeitschrift „Der Kriegsbeschädigte" ist, sind hinzugetreten: der Bund deutscher Kriegsbeschädigter mit dem Sitze in Hamburg, der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer mit dem Sitze in Berlin, neuerdings „Reichsverband" genannt, unter Leitung der sozialdemokratischen Parteimitglieder Heckmann und Kuttner, sowie der Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter mit dem Sitze in München, unter der Leitung des Reichsrats Grafen Kaspar Preysing. Es **besteht ferner die Absicht, einen Bund der Feldgrauen von Berlin aus ins Leben zu rufen;** auf ihn bezieht sich das an die Generalkommandos gerichtete und von diesen mehrfach weitergegebene Schreiben des Kriegspresseamts vom 27. Februar d. J., **in welchem um Bezeichnung von Vertrauenspersonen gebeten wird, die die Gründung von Ortsgruppen übernehmen sollen.** Während die beiden erstgenannten Verbände sich auf die Zusammenfassung von Kriegsbeschädigten beschränken, sollen die letztgenannten Verbände sich auch auf Kriegsteilnehmer überhaupt erstrecken; von diesen dient der Kuttnersche Bund ausgesprochen parteipolitischen Zwecken. Der „Münchener Bund" und der „Bund der Feldgrauen" wollen dagegen „ehrlich neutrale" Organisationen der Kriegsteilnehmer schaffen. Es sollen durch sie die heimkehrenden Krieger beruflich und rechtlich beraten und in ihrem Sinne bei dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der Nationalstiftung vertreten werden. Mitglieder aller Parteien sollen aufgenommen, **der militärische Geist bei ihnen gestärkt und erhalten werden,** sowie eventuelle Unterstützungs- und Sterbekassen begründet, auch wirtschaftliche Schäden tunlichst behoben werden.

Es folgt dann eine längere Auseinandersetzung darüber, warum der „Bund der Feldgrauen" sich gegenüber den Kriegervereinen für nötig erachtet, warum andererseits die Kriegervereine jenen für überflüssig halten. Die Argumentation beider Teile ist allein getragen von dem Gedanken, daß der jeweils andere Teil es mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer nicht werde aufnehmen können. Der „Bund der Feldgrauen" sagt darüber:

„Dieser Gefahr (des Reichsbundes) könne nur durch eine völlig neutrale und von den Behörden unabhängige Gründung vorgebeugt werden. **Als eine solche neutrale Vereinigung könne aber die Kriegervereinsorganisation nicht angesehen werden.**"

Dagegen wenden die Kriegervereine ein:

.... Die Neugründungen würden notwendigerweise mit dem Kriegervereinswesen in scharfen Kampf geraten und eine unerwünschte Zersplitterung herbeiführen, die schließlich **den radikalen Vereinigungen zugute kommen werde.**

Das ministerielle Schreiben schließt mit folgender Anweisung:

Die Herren Oberpräsidenten ersuche ich ergebenst, sich binnen 14 Tagen gefälligst über die vorliegende Frage zu äußern und zu berichten, ob in ihrem Verwaltungsbereiche Beobachtungen gemacht worden sind, **die die Notwendigkeit von Neugründungen erkennen und die die Kriegervereine ungeeignet erscheinen lassen,** die von den neuen Organisationen verfolgten Ziele zu verwirklichen. **Ich behalte mir die endgültige Stellungnahme bis nach dem Eingang Ihrer Berichte vor,** ersuche indessen, darauf hinzuwirken, daß die Behörden der inneren Verwaltung einstweilen **von jeder Förderung der Neugründungen absehen.**

gez. Drews.

Herr Drews will also zunächst von einer Förderung von Neugründungen im Interesse der Kriegervereine absehen. Er behält sich aber je nach den einlaufenden Berichten eine andere Stellungnahme vor und wird gegebenenfalls eine „von den Behörden unabhängige Neugründung" (!!!) mit dem ganzen amtlichen Apparat fördern. Mit anderen Worten: Der amtliche Apparat soll arbeiten, um den gewissen Stellen unbequemen „Reichsbund", wie die Kriegervereine sagen, „totzumachen". Woher aber rührt die Wut dieser Stellen gegen den Reichsbund? — Weil er in Uebereinstimmung mit dem königlichen Wahlrechtsversprechen und der angeblichen Stellung der preußischen Regierung **für die heimkehrenden Krieger das gleiche Wahlrecht fordert.** Deswegen bietet Herr Drews, der preußische „Wahlrechtsminister", den amtlichen Apparat gegen ihn auf. Man muß in allen Dingen konsequent sein!

Zur Geschichte des Militärkabinetts.

In den Jahren vor dem Kriege ist das Militärkabinett bei den Erörterungen über den Heeresetat der Zielpunkt scharfer Kritik gewesen. Die Verantwortung für den Heeresetat trägt, wenigstens formell, dem Reichstag gegenüber der preußische Kriegsminister, er ist auch verantwortlich für das Walten des Militärkabinetts. Und doch weiß man, daß sich die Kritik eigentlich an eine falsche Adresse richtet, denn der Kriegsminister hat auf das im Aufbau des Etats ihm untergeordnete Militärkabinett nicht den mindesten Einfluß, eher schon kann das Militärkabinett den Kriegsminister abtägen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß das Militärkabinett über eine Machtfülle sondergleichen verfügt und dabei in der Lage ist, dem Reichstag gegenüber keinerlei Verantwortung übernehmen zu brauchen.

Die Entstehung des Militärkabinetts geht zurück bis auf das Jahr 1810, wo es als ein Teil des ehemaligen Geheimen Kabinetts bestehen blieb. Dieses Geheime Kabinett bestand aus einigen Geheimen Kabinettsräten, durch deren Hand alle an den König gerichteten Briefe und Berichte gingen, deren Inhalt sie dann dem König vorzutragen hatten. Die Entscheidungen des Königs gingen dann an die einzelnen Minister, mit denen er in der Regel nur schriftlich verkehrte, „um ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen". Freiherr von Stein richtete bereits 1806 eine Eingabe an den König, in der er über die Tätigkeit des Geheimen Kabinetts sagt:

„Diese Staatsbehörde hat alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktioniert. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge, der Ausführung, die Unterwerfung unter die öffentliche Meinung."

Dieses Geheime Kabinett verschwand im Jahre 1910, nur der Teil blieb bestehen, dem die Bearbeitung der militärischen Angelegenheiten oblag. In seiner Abhandlung über das Leben Gneisenaus erinnert Hans Delbrück daran, daß Gneisenau im Jahre 1816 aus seiner Stellung als Kommandierender des rheinischen Armeekorps entlassen wurde und zwar auf Grund differierender Ansichten zwischen dem Minister und dem Kabinett. Der Kriegsminister Boyen war für den verdienten Heerführer eingetreten, die Machination des Kabinetts stürzte ihn. — Dem Feldmarschall von Gneisenau war es sicher nicht vergessen worden, daß er am 5. Juni 1809 in einer Eingabe an den König geschrieben hatte: „Die Generaladjutanten waren nicht Leute, die die höheren taktischen und strategischen Kenntnisse besaßen, konnten folglich nicht beurteilen, wie weit die Armee gegen jene anderer Länder in verbesserten Einrichtungen zurück war".

Friedrich Wilhelm IV., der schon als Kronprinz ein eigenes Militärkabinett hatte, schuf im Jahre 1848 ein „Geheimes Kabinett für Militärangelegenheiten" mit dem General von Naumann an der Spitze. Das Jahr 1848 ließ dieses Kabinett zeitweilig verschwinden, wenigstens wird es offiziell nicht mehr erwähnt, bis es 1857 wieder erscheint, „mit einem vortragenden Offizier", General von Manteuffel, der 1864 durch den General von Treskow abgelöst wurde. Neben dem Militärkabinett bestand noch im Kriegsministerium eine Abteilung für persönliche Angelegenheiten. Am 3. März 1883 trat der Kriegsminister von Kameke zurück, an seine Stelle trat General Bronsart von Schellendorf. Chef der Abteilung für persönliche Angelegenheiten war General von Albedyll, der aber im Dienstalter vor dem neuen Kriegsminister stand, also nach militärischen Grundsätzen nicht Untergebener des Kriegsministers sein konnte. Der Kaiser wollte ihn aber behalten und deshalb ging die „Abteilung für persönliche Angelegenheiten" beim Kriegsministerium im Militärkabinett auf. Schon diese Vorgänge lassen den überragenden Einfluß des Militärkabinetts erkennen, denn die Stellen der für das Kabinett benötigten Offiziere bleiben zwar weiter im Etat des Kriegsministeriums bestehen, der Kriegsminister hatte aber keine Möglichkeit mehr, in die persönlichen Angelegenheiten hineinzureden. Der Chef des Militärkabinetts stand nicht unter ihm, sondern formell neben ihm, faktisch aber über ihm.

General von Albedyll brachte das Militärkabinett zu dem großen Einfluß, den es heute noch besitzt. In Offizierkreisen galt der Stoßseufzer:

Wie Gott will
Und Albedyll!

Die Zusammenstöße zwischen Kriegsministerium und Militärkabinett waren keineswegs eine Seltenheit, es kam eben ganz auf die Artung der Persönlichkeit an, die an der Spitze des Kriegsministeriums stand. 1865 kam es der Militärvorlage wegen zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Kriegsminister von Roon und General von Manteuffel, weil letzterer Forderungen stellte, die der Kriegsminister nicht glaubte vertreten zu können. Manteuffel mußte schließlich weichen; dagegen unterlag später der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf dem damaligen Kabinettschef General von Hahnke, dem Nachfolger des Generals von Albedyll. Der Kriegsminister hatte im Reichstag die Reform des Militärgerichtsverfahrens in Aussicht gestellt, wobei es sich besonders um die Beseitigung des geheimen Verfahrens handelte. Plötzlich entstanden Krisengerüchte, die Stellung des Kriegsministers galt als erschüttert und ganz deutlich wies die Presse darauf hin, daß es dem General von Hahnke, dem Chef des Militärkabinetts gelungen sei, Wilhelm II. gegen die beabsichtigte Reform des militärischen Strafverfahrens umzustimmen. Der Kriegsminister hatte eine ganz bedeutende Stütze an dem General von Spitz, der berufen erschien, die angekündigte Reform in ihren Einzelheiten vor dem Parlament zu vertreten. General von Spitz nahm ganz plötzlich seinen Abschied, weil er in der Beförderung übergangen worden war; die Vorschläge zur Beförderung zu machen, ist aber stets Sache des Militärkabinetts gewesen. Damit hatte man den Kriegsminister seines tüchtigsten Mitarbeiters beraubt und jene militärischen Kreise, die von einer Modernisierung des militärischen Strafverfahrens nicht wissen wollten, hatten Oberwasser gewonnen.

An der Spitze des Kampfes gegen das Militärkabinett stand damals die „Kölnische Zeitung", die zusammenfassend schrieb:

„Der König kann nach der Verfassung ohne die Zustimmung seiner verantwortlichen Ratgeber keine einzige Regierungshandlung vornehmen; diese Zustimmung kann unmöglich auf durch fremde unverantwortliche Ratgeber beeinflußte Befehle hin erzielt, sie muß vielmehr im engsten Gedankenaustausch mit den maßgebenden Faktoren errungen werden. Wer diesen, durch die Verfassung verbürgten Gang unterbricht, der schadet der Krone und schadet dem Staate."

Am 14. August 1896 nahm Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf seinen Abschied. Gegen das Militärkabinett erhob sich nun in der Oeffentlichkeit ein solcher Sturm, daß man es für angezeigt hielt, im „Reichs- und Staats-Anzeiger" eine Darstellung zu veröffentlichen, die beruhigend wirken sollte. Es wurde erklärt, daß das Militärkabinett nur eine Kanzlei des Kaisers sei, in der Angelegenheiten bearbeitet werden, die einen Ausfluß seiner Kommandogewalt darstellen und es wurde bestritten, daß das Militärkabinett auf politische Dinge Einfluß habe. Die gewollte Wirkung wurde mit dieser Erklärung allerdings nicht erzielt, vielmehr setzten die Angriffe erneut ein, bis schließlich amtlich erklärt wurde, daß dem Reichstag die angekündigte Reformvorlage zugehen werde.

In den folgenden Jahren sind immer wieder Vorstöße gegen das Militärkabinett unternommen worden, bis endlich im Ver-

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

33. Fortsetzung.

Freude und Trauer folgten sich auf dem Fuße. Am andern Tage ließ Diethelm die Ueberreste des Entseelten, die der Vater willig hergab, feierlich begraben, und die Menschen, die Diethelm immer als harten Mann gekannt hatten, lobten ihn sehr, weil er bei dem Begräbnisse so heftig weinte.

Die volle Kraft war wieder über Diethelm gekommen, er besuchte die Brandstätte und ordnete den Bau und fuhr oft mit seinen Rappen über Land. Draußen fühlte er sich erst recht wohl. Zwar blieb es eine Widrigkeit, daß er von jedem neu Begegnenden eine Beileidsbezeugung anhören und darauf mit einer schmerzvollen Miene, oder auch mit einem Ausruf der Trauer dankend erwidern mußte; war aber dies vorüber, hatte man hin und her den Heuchlerzoll bezahlt, dann überließ man sich ohne Scheu der Freude und dem Glückwunsche. Diese immer wiederkehrende Wahrnehmung, wie lügnerisch die ganze Welt sei, da man Mitleid darlegte, wo man keins hatte und im Gegenteil fast Neid empfand, da man Klagen auspreßte, wo man Freude vermuten mußte, dieses ganze jämmerliche Possenspiel war für Diethelm fast ein Labsal. Es war ihm recht, daß die ganze Welt schlecht war und es keinen ehrlichen Menschen gibt.

Die ganze Welt verachten, das ist im Bauernrock wie in der Galauniform das beste Mittel, um nicht zur richtigen Schätzung seines eigenen Wertes zu gelangen.

Diethelm gewöhnte sich an das Bewußtsein seines Verbrechens, wie man sich an ein untilgbares körperliches Leiden gewöhnt; anfangs will sich die gesunde Kraft nicht drein fügen, immerdar eine Behinderung zu finden, nach und nach aber setzt sie sich damit zurecht. Wir sind allzumal gebrechlich und sündhaft, das lernt der Stolz der übermütigen Kraft einsehen, und es fragt sich nur noch um das Maß des notwendigen Mangels.

Während Diethelm sich draußen tummelte, war Munde daheim viel beschäftigt und viel bewegt. Er war gerade in entgegengesetzter und doch nicht unähnlicher Lage wie Diethelm. Jedermann glückwünschte ihm zu seiner so überaus günstigen Lebenswendung, und er wollte diese gutherzige Freude der Menschen nicht dadurch stören, daß er ihnen sagte, wie tief er den gräßlichen Tod seines Bruders betraure, und daß ein so schwarzer Fleck auf seinem Andenken ruhe; er glaubte, das nicht aussprechen zu dürfen, daß er, wie der Vater ihm täglich vorhielt, aus der Asche seines Bruders sich sein Glück erbaue. Munde war ein seltsamer Bräutigam: es freute ihn, daß Diethelm wieder von Auswandern ein stattliches Bauerngut zusammenkaufte, aber wenn er Diethelm dann so im Gelde wühlen sah, war es ihm oft, als müsse er aus einer Bezauberung über alle Berge entfliehen, und ihm schauderte vor jedem Kreuzer, den er davon in die Hand nahm, als könnte er sich plötzlich in brennende Kohle verwandeln. Er half den Bau leiten. Im Frühlingstauen, das jetzt begann, wurden die Grundmauern gegraben, und es schien in der Tat, daß Diethelm nicht prahlte, wenn er sagte, daß er ein kleines Schloß baue.

Wenn Diethelm über Land fuhr, spannte ihm Munde ein, hielt ihm oft eine Stunde lang die Pferde vor dem Hause und benahm sich überhaupt wie ein Knecht, nicht aber wie der Sohn des Hauses. Darüber hatte er viel bei Fränz auszustehen, die jetzt die ganze Schärfe ihres Wesens offenbarte; sie verlangte, daß er sich gegen den Vater ganz anders stelle, der müsse unterducken und dürfe nicht mehr den Herrn spielen, das Sach' gehöre jetzt den jungen Leuten und nicht mehr den alten;: wenn Munde nicht den Mut und das Geschick habe, solch ein großes Anwesen in die Hand zu bekommen, hätte er davonbleiben sollen. Es gab oft die ärgerlichsten Auftritte zwischen Munde und Fränz, und wenn dann Munde das Wasser in den Augen stand, lachte ihn Fränz schelmisch aus, faßte ihn am Kopfe, küßte ihn wacker ab und sagte:: „Munde, du hättest sollen ein Klosterfräulein werden, du bist so windelweich; fluch einmal recht wetterlich, ich glaub's gar nicht, daß du's kannst. Sei froh, daß du nicht in Krieg 'kommen bist, du hättest keinen erschossen. Mach, fluch einmal so recht mörderlich. Ich hab' dich nachher noch einmal so lieb." In solcher Weise zerrte Fränz ihren Munde hin und her und machte aus ihm, was sie wollte. Diethelm war oft jähzornig gegen ihn, weil er die Arbeitsleute beim Bau nicht scharf genug anhielt; nur die Mutter war stets liebreich und mild gegen ihn und erfreute ihn oft durch Vorzeigung der schönen Aussteuer, die sie für ihn und Fränz bereiten ließ.

Fränz hatte nicht nachgelassen, bis Munde einmal das Fuhrwerk für sich nahm und mit ihr eine Lustfahrt nach der Stadt machte.

Munde hatte sich nie dazu verstehen wollen. Jetzt aber ergab sich eine besondere Veranlassung: nicht Diethelm, sondern das junge Brautpaar stand Gevatter bei dem Erstgebornen des Zeugmachers Kübler in G.

Es war ein linder Morgen des ersten Frühlings, als Munde mit seiner Braut dahinfuhr. Er hatte an die schwanke Spitze der Peitsche und die Messingrosen der Pferdezäume rote Bänder geheftet als bescheidene und doch kenntliche Fahnen ihres bräutlichen Glücks. An seinem väterlichen Hause wollte ihm der Paßauf folgen, aber der alte Schäferle pfiff ihm zornig, und er kehrte zu ihm zurück. Munde wußte, daß sein Vater niemand mehr um sich haben wollte als den Hund des verstorbenen Medard, mit dem er oft stundenlang sprach. Munde kümmerte sich des nicht mehr und fuhr wohlgemut hinaus in den frühlingsjungen Tag. Die Sonne stand nicht am Himmel, nebelhaft verschwommene Wolken umzogen ihn, und ein leiser Duft wob über den kaum ergrünenden Feldern, daraus sich einzelne Lerchen noch zaghaft zwitschernd emporgehoben, um bald wieder niederzusinken.

„Fränz, ich fürcht' mich doch, aber lach mich nicht aus," sagte Munde.

„Warum?"

„Guck, ich kann mir's gar nicht denken, daß das Fuhrwerk mein eigen sein soll und daheim noch so viel, ich mein' immer, es sei nur geliehen, ich bin bei euch zu Gast, und ihr könnt mich morgen fortschicken."

„Du bist ein schrecklich guter, aber auch zum Verzweifeln weichmütiger Mensch. Du bist ein gutes Schaf, aber du mußt anders werden. Wir zwei haben unsern Alten am Bändel, er merkt wohl, was wir zwei von ihm wissen."

„Meinst du, er hab's wirklich 'tan?"

„Es ist brav von dir, daß du mir's jetzt ausreden willst," sagte Fränz; „aber ich weiß es nicht von dir allein. Ich könnt' auftreten, wenn ich wollt'. Das weiß er. Und so wirst du doch nicht auf den Kopf gefallen sein, daß du nicht merkst, er hätt' uns nicht zusammengegeben, wenn ihm nicht das Gewissen schlagen tät? Wir zwei sind unschuldig. Uns geht's nichts an. Drum mußt du dabei bleiben, daß er vor der Hochzeit alles Vermögen an uns abtreten muß. Es soll ihm nichts abgehen, er ist ja der Vater, aber wir sind die Meisterleut', so muß es sein. Kinder haben nichts danach zu fragen, woher die Eltern das Sach haben, in zweiter Hand ist es redlich Gut, und es muß ihm auch recht sein, daß er nichts mehr damit zu tun hat."

Die Raben, die im ersten Frühling immer so laut krächzen, flogen über den Weg hin und her, und Munde war's plötzlich, als schrien sie Rache und wäre die ganze Welt um ihn verkehrt. Er faßte sich aber und sagte endlich, nachdem er Fränz lange an sich hatte hinreden lassen: „Du willst mir die Zunge heben. Es kann nicht sein, daß du das glaubst."

„Ich erkenn' deine Gutheit wohl," erwiderte Fränz, „aber wir zwei brauchen uns nicht voneinander zu verhehlen. Es hat schon mancher Aergeres getan als mein Vater, und daß dein Medard verunglückt ist, dafür kann er nicht. Aber dabei bleiben mußt, daß wir die Meisterleut' sind, er ist mit seinem Großtun imstand und ladet den Wagen noch einmal so hoch, daß er umschmeißen muß."

Munde hieb gewaltig auf die Pferde ein, als müßten sie ihn schnell an dem Abgrunde vorüberjahren, in den er plötzlich hineinsah. So hatte der alte Schäferle recht, und war vielleicht das Gräßlichste wahr?

Hätten sie nicht zu Gevatter stehen müssen, Munde wäre vielleicht gleich umgekehrt. Aus allem dem nahm seine Gemütsart eine unberechenbare Wendung.

(Fortsetzung folgt.)

fassungsausschuß des Reichstages der Antrag kam, daß der Kriegsminister die Ernennung und Entlassung von Offizieren gegenzeichnen und damit dem Parlament gegenüber die Verantwortlichkeit übernehmen solle, wie das übrigens in Bayern und in Württemberg stets üblich war. Noch ist das Schicksal dieses Antrages nicht entschieden, aber es verdient immerhin Beachtung, daß kürzlich im Hauptausschuß des Reichstages der konservative Abgeordnete Neßbel erklärte, daß in Offizierskreisen eine Mißstimmung gegen das Militärkabinett vorhanden sei. Der im Verfassungsausschuß gestellte Antrag zeigt den Weg, der geeignet ist, den Einfluß des Militärkabinetts zu brechen. Für eine Einrichtung dieser Art darf in den heutigen Zeiten kein Raum mehr sein.

Klein-Preußen.

In Braunschweig beginnen jetzt die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage der Regierung im Plenum des Landtages. Mußte man schon diese Regierungsvorlage als unzulänglich bezeichnen, so haben die Kommissionsverhandlungen bewiesen, daß selbst diese Vorschläge den jetzigen Machthabern des kleinen Staates noch zu weit gehen. Die kapitalistischen Zaunkönige sehen in der Verwirklichung der Wahlrechtspläne der Regierung das Ende ihrer Macht. Die unter dem tiefsten Siegel der Verschwiegenheit geführten Kommissionsverhandlungen haben eine Art Denkschrift der Kommissionsmehrheit gezeitigt, in der es u. a. heißt:

„Durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wird der breiten Masse, die sich bei dem Dreiklassenwahlsystem nur schwer Geltung verschaffen konnte, der Haupteinfluß eingeräumt werden, während die Gruppen der Bevölkerung, denen bislang im Landtage ausschlaggebende Bedeutung zukam, zurücktreten werden. Es ist deshalb erklärlich, daß die Regierungsvorlage in weiten Kreisen (??) auf schwerwiegende Bedenken gestoßen ist, und so hat sich auch bei den Verhandlungen in der Kommission herausgestellt, daß für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes bei den allgemeinen Wahlen die zu dieser Verfassungsänderung im Landtage erforderliche Zweidrittelmehrheit sich nicht finden wird und damit also die vorgeschlagene Abänderung des Wahlrechts abgelehnt wird. Einen solchen Ausgang der Verhandlungen über die Regierungsvorlage halten wir aber für äußerst bedenklich und nicht im Interesse des Landes liegend. Als Mittelweg bringen wir einerseits in unseren Anträgen die Einführung eines Mehrstimmenwahlrechts in Vorschlag, nachdem der Eigentümer eines Hausgrundstückes oder eines anderen Grundstückes in einer gewissen Mindestgröße — also das bodenständige Element — und der Wahlberechtigte, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat und verheiratet ist oder verheiratet gewesen ist, eine Zusatzstimme erhalten soll. Andererseits schlägt die Kommission eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten vor, die aus besonderen Wahlen hervorgehen, und zwar will sie zu den Berufsständen die mittleren und unteren Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten und Lehrer sowie die Privatangestellten hinzunehmen. Den Kreis der wahlberechtigten öffentlichen Körperschaften will die Kommission durch Hinzunahmen der Vertretungen der Kreiskommunalverbände und der Städte erweitern. Nach den Vorschlägen der Kommission würde die Zahl der Abgeordneten von 48 auf 51 erhöht und 29 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen, 17 aus Wahlen der Berufsstände und 8 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften hervorgehen. Die Regierungsvorlage sieht für die allgemeinen Wahlen 29, für die Wahlen der Berufsstände 14 und für die Wahlen öffentlicher Körperschaften 4 Abgeordnete vor. Der Stadt Braunschweig will die Kommission bei den allgemeinen Wahlen (Verhältniswahl) nur 8, die Regierungsvorlage 9 Abgeordnete zubilligen. Schließlich will die Kommission entgegen der Regierungsvorlage die Wahlpflicht beibehalten. Die Kommissionsvorlage will jeden Wahlberechtigten, der ohne genügende Entschuldigung sein Wahlrecht nicht ausübt, in eine Ordnungsstrafe von 3—100 Mk. nehmen."

Wie in Preußen, so sind auch in Braunschweig die Anhänger des Kastenwahlrechts unbelehrbar. Wie sich die braunschweigische Regierung zu der Verhunzung ihrer Vorlage stellt, darauf darf man gespannt sein. Mit den Gegnern des gleichen Wahlrechts wird man jedenfalls noch sehr deutlich reden müssen!

Arbeiten eines halb-sozialdemokratischen Landtags.

Der Schwarzburg-Rudolstädtische Landtag, in dem die Sozialdemokratie die Hälfte der Mandate besitzt, ist nach Erledigung seiner Arbeiten nach einer viermöchigen Tagung auseinandergegangen. In der Hauptsache wurde der Haushaltsplan für 1918/21 durchberaten. Bei der gegenwärtigen Unsicherheit der Finanzlage verlangte der Landtag, daß der Haushaltsplan innerhalb Jahresfrist wieder vorgelegt werde. Infolge der hohen Holzpreise und der Steigerung der Einkommensteuer ist die finanzielle Lage im Lande eine günstige, soweit der ordentliche Etat in Frage kommt, der die sich regelmäßig wiederholenden Einnahmen und Ausgaben umfaßt.

Anders steht es mit dem außerordentlichen Etat. Die Ueberschüsse des ordentlichen Etats reichen nicht ganz aus, die Zinsenlast für die dem Reiche gewährten Vorschüsse zur Unterstützung der Kriegerfamilien zu decken. Hinzu kommen die außerordentlichen Teuerungszulagen für Beamte usw. Beschlossen wurde die Beseitigung einer längst veralteten Einrichtung, des Chausseegeldes, vom Jahre 1919 ab, ferner die Einrichtung eines Fürsorgeamtes für das Fürstentum unter Mitwirkung der Frauenvereine und der Versicherungsträger. Um die vielseitige Industrie des Landes zu heben, soll eine dauernde Kunst- und Industrieausstellung, verbunden mit einem Museum, in einem der verkehrsreichsten Orte errichtet werden. Die Gehälter der Beamten wurden durchweg um 15 Prozent erhöht. Daneben werden Teuerungszulagen und Kinderbeihilfen gewährt. Erstere beträgt 360 Mk. bei einem Jahresgehalt bis 2400 Mk., 240 Mk. bei einem Jahresgehalt von mehr als 3000 bis 4000 Mk., 180 Mk. bei einem Jahresgehalt von mehr 4000 bis 5000 Mk., 120 Mk. bei einem Jahresgehalt von mehr als 5000 bis 6400 Mk. Von größerer politischer Bedeutung ist die **Verbesserung des Wahlrechts in den ländlichen Gemeinden.** Dort war bisher nur wahlberechtigt und wählbar, wer durch Grundbesitz in der Gemeinde angesessen war. Dies war besonders für die Industrieorte eine große Härte. Die Bestimmung ganz zu beseitigen, scheiterte an dem Widerstande der Regierung. Schließlich kam eine Einigung dahin zustande, daß auch die Grundbesitzlosen Stimmrecht erhalten sollen, bei denen bei der Veranlagung zur Einkommensteuer **ein Jahreseinkommen von mindestens 700 Mk. festgestellt wurde. Kriegsteilnehmer brauchen auch diese Bedingung nicht zu erfüllen.** Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, für die Stadtrats- und Gemeinderatsmitgliederwahlen unter Beseitigung der noch vorhandenen Beschränkungen der Ortsnachbarrechte die **Einführung des Verhältniswahlrechts** bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen zu ermöglichen. Das Wahlrecht für die Gemeinden bleibt übrigens wie bisher gleich, geheim und direkt.

Das alte Elend.

Preistreiberei auf dem Kirschenmarkt.

Die Zeit der Frühkirschen kommt heran, und schon machen sich allerorts Anzeichen für eine wucherische Preistreiberei auf dem Kirschenmarkt geltend. Im Vorjahre ist der Kirschenpreis durch das System der Versteigerungen auf eine enorme Höhe getrieben worden. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse hat diesem Treiben tatenlos gegenübergestanden. Die erregten Proteste, die von allen Seiten laut wurden, haben nicht vermocht, sie aus ihrer Seelenruhe aufzurütteln.

In diesem Jahre beginnt das Elend des vorigen Jahres abermals, ohne daß von der Reichsstelle für Obst und Gemüse wirksamen Maßnahmen eingegriffen wird. Man hat zwar Höchstpreise festgesetzt, aber nichts unternommen, um dem System der Versteigerung der Kirschenpachten in diesem Jahre ein Ende zu machen. Diesem System liegt von vornherein die Absicht zugrunde, die Preise so hoch als möglich zu treiben. Es ist deshalb durchaus verwerflich. Eine solche Absicht verträgt sich natürlich nicht mit einer Höchstpreispolitik. Im Vorjahre hat sich gezeigt, daß die Höchstpreise für die Ersteigerer von Kirschenpachten einfach nicht zu existieren schienen. Sie boten wahnsinnige Preise, und die Verpachter — Private, Stadtgemeinden, Kreisverwaltungen usw. — steckten die hohen Kirschenpachten ein.

Und nun beginnt in diesem Jahre diese wahnsinnige Preistreiberei aufs neue. Die Besitzer von Kirschenpachtungen veröffentlichen überall die Termine für die Versteigerungen des Anhangs an Kirschen, und auf diesen Terminen geht es genau so zu wie im Vorjahre. Die Meldungen darüber fangen bereits an. So wird aus Weida berichtet:

„Hohe Kirschenpacht löste das **Kammergut Mildenfurth** für den Anhang an der Straße nach dem Preußischen Bahnhof. Von den Pächtern aus der Umgebung, auch von Gera, wurde die Pacht für den an 20 Bäumen hängenden Kirschenansatz, dessen Ernte auf gegen 80 **Zentner** geschätzt wird, **von 300 auf 3650 Mark getrieben.** Das **Höchstgebot** gab ein **Vertreter der Stadtgemeinde Weida** ab. Von dem Verpächter wurde **vergeblich auf die Höchstpreise hingewiesen.** Rechnet man zu dem Pachtgelde noch die Versicherung, den Pflückerlohn sowie die Abgabe von 1½ Zentner an den Verpächter, so wird **der Zentner** bei Ausschluß aller unvorhergesehenen Fälle **schon jetzt auf über 40 Mk.** geschätzt, der **Höchstpreis** ist dagegen **auf 35 Mk.** festgesetzt."

Dieses Treiben soll anscheinend ebenso ungestraft weitergehen wie im Vorjahre. Wozu es führt, sieht man jetzt schon wieder. Die ersten Frühkirschen, die auf dem Groß-Berliner Markt erschienen sind, wurden nicht zu den Höchstpreisen, sondern zu 1,50 bis 2,40 Mk für das Pfund verkauft.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst müßte gegen diesen gemeingefährlichen Unfug energisch auftreten. Die Versteigerung von Kirschenpachten zum Zwecke der Preistreiberei müßte unmöglich gemacht werden. Eine Organisation zur Erfassung der Kirschenernte zu Höchstpreisen hätte nach den Erfahrungen des Vorjahres geschaffen werden müssen. Statt dessen scheint gar nichts getan worden zu sein. Zur Zeit der Verfütterung der Brotration um 20 Prozent wäre es von besonderer Wichtigkeit gewesen, der Bevölkerung Frühobst zu billigen Preisen und in reichlicher Menge zuzuführen. Von Maßregeln zu diesem Zwecke ist nichts zu bemerken, statt dessen hält man überall wieder die künstliche Hochschraubung der Kirschenpreise. Warum werden die Maßregeln nicht durchgeführt, die im Vorjahre vorgeschlagen und erwogen wurden, wonach die Kirschenversteigerungen im allgemeinen verboten und dafür zu nach dem Urteil uninteressierter Sachverständiger festgesetzten Preisen die Nutzungen vergeben werden sollten? Will man wieder nur erwägen und Maßregeln erst dann treffen, wenn es zu spät ist?

Die Steigerung der Arbeiterlöhne.

März 1914 — September 1917.

Nach den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes sind in der Berichtszeit vom März bis zum September 1917 die Arbeiterlöhne ständig weiter gestiegen. Gegenüber den Lohnverhältnissen im März 1914 konnte im September 1917 sowohl bei den männlichen wie auch bei den weiblichen erwachsenen Arbeitern mehr als eine Verdoppelung der Löhne festgestellt werden.

Setzt man den Durchschnittsverdienst der männlichen und weiblichen Arbeiter im März 1914 gleich 100, so stieg er bei den männlichen Arbeitern im September 1917 auf 209,1, bei den weiblichen Arbeitern auf 212,7. Nach anfänglichem Sinken der Löhne im September 1914 ist in den folgenden Stichzeiten der Durchschnitts-Tagelohn der männlichen Arbeiter ununterbrochen gestiegen bis auf 10,79 Mark im September 1917. Bei weitem am stärksten war die Zunahme von September 1916 auf März 1917, nämlich 20,3 v. H.; diese Erscheinung dürfte auf das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes und den gerade damals infolge des sogenannten Hindenburg-Programms stark anwachsenden Bedarf der Rüstungsindustrie zurückzuführen sein.

Ein Urteil über den **inneren Wert** dieser Lohnsteigerungen läßt sich aber erst dann fällen, wenn man auch die **Preiskurve der Lebensmittel** und **Bedarfsartikel** dazu in Vergleich stellt. Man darf ferner nicht übersehen, daß das Statistische Reichsamt seine Angaben in erster Linie auf die Mitteilungen der Unternehmer stützt und daß wohl auch hauptsächlich die Groß- und Rüstungsindustrie dabei berücksichtigt ist.

Durchsichtiger Terrorismus-Schwindel.

Im „Bund", dem Organ der Berliner Gelben, und in der „Arbeitgeber-Zeitung" stand unlängst eine kleine, aber schauerliche Terrorismusgeschichte. Sie war, wie der „Bund" sagte, „von einem Mitgliede der Bosch-Werke in Stuttgart" mitgeteilt worden. Ihres Phrasengeklingels entkleidet hatte sie folgenden Wortlaut:

„In der Werkzeugdreherei des Hauptwerkes wurde durch Vermittlung ein angelernter Kriegsinvalide als Hilfsdreher eingestellt." (Zu deutsch soll das heißen: wurde ein Kriegsinvalide eingestellt, der zum Hilfsdreher angelernt werden sollte.) „Wie es nun üblich ist unter Kollegen, geht man solchen verdienten Mitmenschen schon in jeder Hinsicht während der Arbeit zur Hand. Ein Mitglied unseres Werkvereins nahm sich seiner besonders an. Das hatte zur Folge, daß die ganze Gesellschaft des roten Verbandes voll Haß gegen den Mann erfüllt war. Schon vermuteten sie, er wäre Mitglied unseres Vereins, und man drangsalierte und hänselte den Kriegsinvaliden, daß es kaum noch auszuhalten war. Zu jeder Zeit, morgens, mittags und abends im Waschraum konnte er sich kaum bewegen vor dieser Stichelei und unerhörten Nötigung. Und dabei war dieser Invalide noch nicht einmal Mitglied des Werkvereins. Mit Sorgen ging der Mann an seine Arbeit und nur freundliches Zureden unseres Kollegen verschaffte dem Mann wieder Lust zur Arbeit. Unerhört und schamlos ist ein solches Betragen gegen verdiente Leute. Und wir haben es hier nicht mit einem vereinzelten Fall zu tun, sondern solche Fälle sind eben die Frucht der roten Erziehung zur Gehässigkeit Andersdenkenden gegenüber, die hier in der Residenz des Schwabenlandes schon oftmals die übelsten Folgen gezeitigt hat. Der Fall wird weiter verfolgt werden und, wie wir hören, ist die Nachweisstelle für Kriegsbeschädigte von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden. Nur, weil dieser Kriegsbeschädigte im Verdacht stand, Mitglied unseres Vereins zu sein, mußte er solche Drangsalierungen durchmachen."

Dieses Geschichtchen wurde mit der Ueberschrift versehen: „Unerhörter Terrorismus gegen Kriegsbeschädigte".

Als wir es lasen, wußten wir sofort, daß hier die Wahrheit gröblich gebogen, die Tatsachen selbst sehr übertrieben worden sind, schon aus dem Grunde, weil die Firma Robert Bosch A.-G. jeden Organisierten, der sich an solcher Hänselei beteiligen würde, sofort entlassen würde. Unsere Nachforschungen haben nun folgenden Tatbestand ergeben.

Ein Kriegsbeschädigter namens L. wurde im Hauptwerk zu Stuttgart als Hilfsdreher angelernt. Alle Mitarbeiter nahmen sich seiner an, wie das bei Arbeitern selbstverständlich ist. In besonders aufdringlicher Weise tat dies ein Mitglied der Gelben. Man merkte es diesem „Liebesdienst" an, daß er nicht uneigennützig erfolge, daß vielmehr andere Absichten damit verbunden waren. Infolgedessen fiel im Waschraum eines Tages die Frage: „Na, L., haben Dich die Gelben schon eingefangen?" Hieran knüpften sich Hänseleien. Welcher Art diese waren, geht daraus hervor, daß erst ein gelbes Arbeiterausschußmitglied namens B. den Kriegsbeschädigten dazu bewegen zu müssen glaubte, die Sache der Betriebsleitung zu melden. Durch dieses Arbeiterausschußmitglied erfuhr nunmehr auch der Vorsitzende der Gelben davon. Und dieser hat die Sache dann für den „Bund" zurechtgedreht.

Wir haben keine Ursache, das Vorkommnis, das in durchsichtiger Absicht aufgebauscht worden ist, irgendwie zu bemänteln. Die Beteiligten, vier bis sechs junge Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren, heute längst alle zum Heeresdienst eingerückt, gehörten weder unserm Verband noch einer anderen freien Gewerkschaft an. Aber wir wollten den Schwindel durch Richtigstellung des Sachverhalts brandmarken. Von einer Weiterverfolgung des Falles ist uns bis jetzt nichts verlautet worden. Sollte die Absicht bestehen, derartige Fälle und schlimmere zu verfolgen, so möchten wir den Gelben samt ihren Vätern im „Bund" und in der „Arbeitgeber-Zeitung" folgenden sehr schlimmen Fall von Terrorismus bekanntgeben:

Ein Kriegsinvalide namens K. W. im Hauptwerk der Firma Robert Bosch mußte bei seinem Meister R. an verschiedenen Drehbänken Spänebleche anbringen. Zwischen dem Kriegsinvaliden und dem Einsteller M. (einem Mitglied des gelben Werkvereins bei Bosch) kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Gelbe den Kriegsinvaliden tätlich angriff und mißhandelte. Diese Mißhandlung, von der die Firma Bosch weiß, die sie aber nicht durch Entlassung des Prügelhelden gesühnt hat (er war ja einer der lieben Gelben), **machte den Kriegsinvaliden über eine Woche arbeitsunfähig.** Was sagen „Bund" und „Arbeitgeber-Zeitung" dazu?

Sollte weiteres ähnliches Material zur Verfolgung der Terroristen gewünscht werden, so stehen wir gern zur Verfügung.

Deutscher Metallarbeiterverband,
Verwaltung Stuttgart und Umgebung.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Leidensgeschichte eines Kindes. Unter dem dringenden Verdacht des versuchten Totschlages an seinem eigenen Kinde wurde der 28jährige Schlosser Karloff in Spandau verhaftet; seine gleichaltrige Ehefrau wurde nur deshalb auf freiem Fuße belassen, da sie zu Haus ein viermonatiges Kind hat. Das Ehepaar hatte sich am Freitag vor dem Spandauer Schöffengericht wegen grausamer Mißhandlung der vorehelichen 6jährigen Tochter zu verantworten, und die Feststellungen ergaben ein Bild geradezu unmenschlicher Roheit. Als das Kind vor Jahresfrist aus der Pflege der Großeltern zu seinen Eltern kam, war es blühend und wohlgepflegt; nun aber begann für das Mädchen eine schreckliche Leidenszeit. In grausamer Weise mißhandelt, bettelte das halbnackte Kind am Fenster die Nachbarn um Brot an, und eines Tages fand man die Mißhandelte mit zusammengebundenen Füßen an der Ofentür hängen. Die empörten Bewohner erstatteten nunmehr Anzeige, und das Kind wurde dem Krankenhause überwiesen. Angebliche Frostwunden an den Händen wurden hier als Brandwunden festgestellt. Der Stiefvater hatte das Mädchen, um es für Unarten zu bestrafen, gezwungen, brennende Streichhölzer so lange mit den Fingern zu halten, bis die Fingerspitzen verbrannten. Trotz der erdrückenden Beweise leugneten die Eltern jede Mißhandlung. Das Gericht verwies die Sache an das Schwurgericht, da unzweifelhaft versuchter Totschlag vorliegt.

Drei Monate Gefängnis für 35 Kaffeebohnen. Ein Briefträger in Sömmerda, der eine 36jährige vorwurfsfreie Dienstzeit hinter sich hat, nahm während seiner Arbeit im Packraum 35 Kaffeebohnen, die aus einem Paket gefallen waren, an sich. Die Erfurter Strafkammer verurteilte ihn zu der geringsten zulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Die lebende Puppe. Auf eigenartige, eines gewissen Humors nicht entbehrende Weise versuchte, wie aus Stendal gemeldet wird, Ende März ds. Js. die mehrfach vorbestrafte ledige Dienstmagd Elisabeth Becker aus Aken sich ihres Kindes zu entledigen. Auf der Reise von Berlin, wo sie einem Kinde das Leben geschenkt hatte, in ihre Heimat Aken begriffen, stieg sie unterwegs in Stendal aus und legte kurz entschlossen auf dem Wernerplatz den Säugling einem 5jährigen Mädchen in den Puppenwagen mit der Weisung, der Storch habe bei ihr ein Brüderchen abgegeben, mit der Ablieferung daheim sei es aber nicht eilig. Trotzdem fuhr die Kleine hocherfreut über das ihr gewordene Geschenk spornstreichs nach Hause und war dann tiefbetrübt, als ihre Mutter sich mit dem unerwarteten Familienzuwachs gar nicht einverstanden erklärte, vielmehr sofort zur Polizei eilte. Dieser gelang es, die B. auf dem Bahnhof kurz vor Abgang des Zuges festzunehmen. Die Strafkammer Stendal, vor der sich die Angeklagte, die bereits viermal außerehelich geboren hat und einmal schon wegen Kindesaussetzung mit acht Monaten Gefängnis bestraft ist, zu verantworten hatte, erkannte gegen sie auf ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Es wird immer noch geschossen! Vor einiger Zeit erging infolge der vielfachen Unglücksfälle ein Erlaß des Kriegsministers, nach dem militärische Gefangene nur noch im Wagen durch die Straßen der Städte transportiert werden sollten. Wie es mit der Einhaltung des Erlasses steht, kann man daraus ersehen, daß am Freitag vormittag in Berlin wieder ein Gefangener zu Fuß transportiert und bei einem Fluchtversuch am Bahnhof Alexanderplatz erschossen worden ist. Leider ist dabei wieder eine ganz unbeteiligte Frau verletzt worden. Ein Soldat aus Frankfurt an der Oder war als Fahnenflüchtiger in Berlin festgenommen worden und sollte nach seiner Garnison transportiert werden. Beim Eingang in den Bahnhof von der Dircksenstraße aus unternahm der Verhaftete einen Fluchtversuch. Er eilte durch die Vorhalle und suchte die Treppe zu gewinnen. Sein Transporteur rief ihm wiederholt „Halt!" nach, ohne daß sich jedoch der Flüchtling daran kehrte. Schon hatte dieser in eiligem Lauf die erste halbe Treppe erreicht, als der Transporteur von seiner Schußwaffe Gebrauch machte. Die Kugel durchdrang das Genick und der Flüchtling stürzte tot zusammen. Durch die an der Wand abprallende Kugel wurde eine Frau, die die Treppe herabkam, leicht an der Hand und am Oberschenkel verletzt, so daß sie auf die Sanitätswache des Bahnhofs verbunden werden mußte. Bei dem starken Verkehr ist es geradezu ein Wunder, daß sich nicht ein größeres Unglück ereignet hat.

Eine grausige Tat. In Voigtsdorf bei Warmbrunn ermordete der Arbeiter Rixdorf seine Kinder im Alter von acht und neun Jahren und erhängte sich selbst. Rixdorf beging die Tat, weil sich seiner Heirat mit einer Kriegswitwe Hindernisse entgegenstellten.

Weichselstör. Ein Fischer aus Dirschau hat dieser Tage einen fast drei Zentner schweren Stör gefangen, nachdem er vor ein paar Wochen einen anderen großen Stör gefangen hatte. Diese beiden Fänge beweisen, daß der Stör in der untern Weichsel keineswegs ausgestorben ist. Vor einigen Jahren wollte man die Störzucht künstlich betreiben und errichtete bei Dirschau eine Störstation; aber von jungen Stören keine Spur. Im Meere und in den Strömen ist alle Kunst eitel.

Ein furchtbares Ereignis. Die Elberfelder höheren Schulen sind ohne — Religionsunterricht. Der Erzbischof von Köln untersagte den Kaplänen, die an den höheren Schulen Elberfelds bisher angestellt waren, die weitere Erteilung von Religionsunterricht an diesen Anstalten. Infolgedessen muß in Elberfeld der Religionsunterricht an den höheren Schulen beim Wiederbeginn am 31. dieses Monats ausfallen. Der Anlaß, der zu dieser Maßregel führte, liegt in dem Verlangen nach Einstellung von hauptamtlichen Religionslehrern, das, wie man hört, nicht erfüllt wurde, weil technische Gründe die Verwendung von solchen voll zu beschäftigenden Lehrkräften hinderten. Der Erzbischof hatte sich kürzlich mit einem Antrag an das Provinzialschulkollegium in Koblenz gewandt, das die Elberfelder Verwaltung zum Berichten innerhalb 14 Tagen aufgefordert hat. Elberfeld erbat eine Verlängerung der Frist, aber ehe diese abgelaufen war, war das Verbot an die Kapläne schon erfolgt. Man bedenke: Höhere Schulen ohne Religionsunterricht. Das ist ja noch furchtbarer, als wenn Deutschland heute eine republikanische Staatsform erhalten würde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.